

# SKP

# INFO

2 | 2024

DAS MAGAZIN DER SCHWEIZERISCHEN KRIMINALPRÄVENTION

## Thema

# Wissenschaft und Kriminalität



## Liebe Leserin, lieber Leser



SKP

Die Wissenschaft spielt eine Schlüsselrolle in der Kriminalitätsbekämpfung und ist ein unverzichtbares Instrument in der Kriminalprävention in der Schweiz. Mithilfe wissenschaftlicher Forschung werden die Ursachen von Kriminalität und insbesondere kriminelles Verhalten besser verstanden, wobei soziale und psychologische Faktoren eine grosse Rolle spielen. Das diesbezüglich aus der Wissenschaft gewonnene Wissen ist essenziell, um Präventionsstrategien entwickeln zu können.

Studien zur Wirkung z. B. von Gewaltpräventionsprogrammen können helfen, Massnahmen zu erarbeiten, um langfristig die Entstehung von Kriminalität zu verhindern. Dies ist vor allem für die Primärprävention wichtig, da diese darauf abzielt, Risikofaktoren frühzeitig zu minimieren. Rechtswissenschaft, Forensik und Kriminologie tragen dazu bei, Ermittlungstechniken weiterzuentwickeln. Wissenschaftliche Analysemethoden und digitale Forensik sind entscheidende Werkzeuge im Kampf gegen Kriminalität. Mithilfe der Analyse von «Big Data» und Statistiken kann die Polizei Kriminalitätsmuster erkennen und präventiv eingreifen. «Predictive Policing», zu Deutsch etwa: vorausschauende Polizeiarbeit, bezeichnet eine ganze Reihe von Verfahren, die darauf abzielen, die Wahrscheinlichkeit des Auftretens einer Straftat zu prognostizieren. Solche algorithmenbasierten Prognoseverfahren helfen der Polizei, Massnahmen zur Verhinderung der vorhergesagten Ereignisse ergreifen und so Verbrechen verhindern zu können.

Damit uns der Transfer von wissenschaftlich erlangtem Wissen in die Praxis auch in Zukunft gelingt, ist die enge Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstitutionen, der Polizei und auch die Unterstützung von politischen Entscheidungsträgern sehr wichtig. Kriminalität ist ein immer komplexer werdendes Phänomen, welches interdisziplinär angegangen werden muss. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaften untereinander und mit der Strafverfolgung kann innovative Ansätze für die Kriminalprävention hervorbringen.

Nehmen wir gemeinsam die Herausforderung an, die Integration der Forschung in die Praxis noch mehr zu fördern, damit nicht zuletzt noch bessere präventive Massnahmen entwickelt werden können, um die Kriminalität in der Schweiz auch in Zukunft möglichst effektiv zu bekämpfen.

**Fabian Ilg**

Geschäftsleiter Schweizerische Kriminalprävention

## IMPRESSUM

### Herausgeberin und Bezugsquelle

Schweizerische Kriminalprävention  
Haus der Kantone  
Speichergasse 6  
Postfach  
3001 Bern

info@skppsc.ch  
Tel. 031 511 00 09

Das **SKP INFO 2 | 2024** ist als PDF-Datei zu finden unter: [www.skppsc.ch/skpinfo](http://www.skppsc.ch/skpinfo). Es erscheint auch in französischer und italienischer Sprache.

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Autor(inn)en verantwortlich; die Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeberin wieder. Individuelle (Gender-)Schreibweisen der Autor(inn)en werden berücksichtigt.

<b>Verantwortlich</b>	Chantal Billaud, SKP
<b>Redaktion</b>	Volker Wienecke, Bern
<b>Übersetzungen</b>	<b>F</b> ADC, Vevey <b>I</b> Annie Schirrmeister, Meride
<b>Layout</b>	Weber & Partner, Bern
<b>Druck</b>	Länggass Druck AG, Bern
<b>Auflage</b>	D: 1000 Ex.   F: 200 Ex.   I: 150 Ex.
<b>Erscheinungsdatum</b>	Ausgabe 2   2024, Oktober 2024
© Schweizerische Kriminalprävention, Bern	

# Swiss Police Research Dialogue (SPRD): Die Entwicklung einer neuen Vernetzungsplattform durch das SPI

In der Schweiz sind Interaktionen zwischen Polizei und Wissenschaft noch eher selten und weisen ein erhebliches Entwicklungspotenzial auf. Vor diesem Hintergrund hat das Schweizerische Polizei-Institut SPI kürzlich die Plattform *Swiss Police Research Dialogue* (SPRD) ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Wissenschaft zu stärken und den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die polizeiliche Ausbildung und Praxis zu erleichtern.



©nexusplexus/motionfilms/123RF.COM

Die neue Vernetzungsplattform soll die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Wissenschaft stärken.

**Autorin**

**Silvana Pedrozo**  
 Bereichsleiterin a. i.  
 Forschungs- und Wissensmanagement am Schweizerischen Polizei-Institut, Neuchâtel; Lehrbeauftragte, Pädagogische Hochschule Waadt



Auf internationaler Ebene sind die Beziehungen zwischen Polizei und Wissenschaft klar geregelt. In Grossbritannien, Kanada oder auch Dänemark nutzen die polizeilichen Institutionen einen wissenschaftlich fundierten und evidenzbasierten Ansatz und stützen sich auf die Zusammenarbeit, um ihre operativen und ermittlungstechnischen Fähigkeiten zu verbessern und innova-

tive Praktiken zu entwickeln. In der Schweiz sind Interaktionen zwischen Polizei und Wissenschaft hingegen bis anhin eher selten und wenig koordiniert und weisen somit ein erhebliches Entwicklungspotenzial auf (Pedrozo, 2020, 2024).

Vor allem in den Sozialwissenschaften sind die Forschungsarbeiten noch begrenzt und haben eine unterschiedliche Reichweite. Zwar beschäftigen sich viele akademische Disziplinen mit der Polizei, aber dabei stehen mehrheitlich juristische Gesichtspunkte im Vordergrund. Anderen Fachbereichen, die sich mit dem Thema befassen, fehlt es an empirischen Daten (Hagmann & Wolf, 2024). Es gibt aber auch Institute und Abteilungen innerhalb der Polizei, die selbst forschen. So hat die Kantonspolizei Basel-Stadt die neue Abteilung Polizeiwissenschaften geschaffen, die an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis angesiedelt ist, und die Genfer Polizei verfügt über einen *Service d'Analyse Stratégique* (SAS): eine Abteilung, die primär strategische Auswertungen durchführt, um die künftigen Bedürfnisse der Polizei antizipieren zu können.

Was die polizeiliche Ausbildung angeht, so ist diese sehr praxisorientiert und stützt sich nur punktuell auf Erkenntnisse aus der angewandten und der Grundlagenforschung (Pedrozo & Amberg, 2023). Da die Polizei mit immer komplexeren Herausforderungen und einem hohen gesellschaftlichen Druck konfrontiert ist, liegt es auf der Hand, dass die Ausbildung durch aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse systematischer gestaltet werden könnte.

## Die Entwicklung einer neuen Vernetzungsplattform

Vor diesem Hintergrund hat das Schweizerische Polizei-Institut kürzlich den *Swiss Police Research Dialogue* (SPRD) ins Leben gerufen: die erste Vernetzungsplattform, die den Wissensbedarf zu polizeispezifischen Themen in forschungsrelevante Fragestellungen übersetzt und wissenschaftliche

Erkenntnisse für die polizeiliche Praxis und Ausbildung aufbereitet. Ziel dieser Plattform ist es, die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Wissenschaft zu stärken und den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die polizeiliche Ausbildung und Praxis zu erleichtern (Pedrozo, 2024).

Der vorliegende Artikel untersucht den Prozess zur Entwicklung des SPRD und stützt sich dabei auf qualitative Daten aus Feldbeobachtungen und Sitzungsunterlagen (Protokolle, Umfragen und Padlets) aus dem Zeitraum zwischen November 2022 und Juni 2024. Er beschäftigt sich insbesondere mit dem Prozess der offiziellen Anerkennung des SPRD und soll die neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Wissenschaft im Hinblick auf die grossen gesellschaftlichen Herausforderungen rund um das *Policing* im 21. Jahrhundert sichtbar machen.

Die Idee, eine Plattform für die Vernetzung akademischer und polizeilicher Fachpersonen aufzubauen, kristallisierte sich 2022 nach diversen Gesprächen mit den betroffenen Interessengruppen heraus. Sie entsprach einem klaren Bedürfnis, die Forschung im Umfeld der Polizei besser zu koordinieren und zu fördern (Protokoll SPI 2022). Dabei wurde die Schaffung einer Plattform zur Koordinierung der Forschung in der Schweiz diskutiert, da die Forschung in, mit und über die Polizei begrenzt und nur schwer lokalisierbar ist. Hinzu kam der Wunsch, Interaktionen und die Koproduktion von Wissen zu fördern sowie den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Ausbildung zu gewährleisten, um letztlich einen spürbaren Einfluss auf die polizeiliche Praxis zu erzielen (Protokolle SPI 2022/2023).

### Erste informelle Treffen

Entsprechend seinem Auftrag und seiner Strategie organisierte das SPI deshalb im Juni und November 2023 zwei erste Treffen, um einen «Forschungsdialog» (SPRD) anzustossen, an denen rund 30 Personen aus Hochschulen,

der Schweizer Polizei und aus anderen öffentlichen Institutionen im Bereich der öffentlichen Sicherheit teilnahmen. Die durchgeführte Feldbeobachtung gibt Aufschluss über die bescheidenen, aber klaren Anfangsziele: Es ging vor allem darum, den Austausch zwischen den Teilnehmenden zu fördern und die individuellen Erwartungen an den SPRD zu klären. Die Befragten wünschten sich eine Plattform, die eine Brücke zwischen den Akteuren der Forschung und den Bedürfnissen der Praxis schlägt. Sie plädierten dafür, dass das SPI als Institut die zukünftigen Herausforderungen im Auge behält, aber auch

***Auch wenn die Einrichtung des Swiss Police Research Dialogue noch in den Anfängen steckt, verdient diese Vernetzungsplattform besondere Aufmerksamkeit, da damit erstmals in der Schweiz ein strukturierter und regelmässiger Dialog zwischen Polizei und Wissenschaft koordiniert und offiziell anerkannt wird.***

Vorschläge unterbreitet, und man wollte gemeinsame Forschungen durchführen können ... (Umfrage, August 2023). Fragestellungen zu Struktur, Aktivitäten und Formen der Zusammenarbeit im SPRD standen ebenfalls im Zentrum: «Herausforderung des Zugangs von Forschenden zur Polizeiarbeit und polizeilichen Informationen. Grundlagen für Austausch müssen geschaffen werden (Vereinbarung, Commitment [...]). Flexible Formen der Zusammenarbeit» (Polizeivertreter, Padlet, Juni 2023).

Insgesamt war also eine allgemeine Begeisterung zu spüren, wobei auch die Herausforderungen (struktureller, konzeptueller und organisatorischer Art) im Zusammenhang mit der Einrichtung einer solchen Plattform thematisiert wurden. Dies führte zu einer Phase der Reflexion innerhalb des Bereichs *Forschungskoordination und Wissensmanagement* des SPI, in der das Kernkonzept erarbeitet und die Umriss-

des *Swiss Police Research Dialogue* definiert wurden (Pedrozo, 2024). Danach folgte ein entscheidender Schritt, mit dem die offizielle Anerkennung dieser Plattform beschleunigt wurde: Im Februar 2024 wurde das Konzept vom Direktor des SPI der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten und -kommandantinnen der Schweiz (KKPKS) vorgestellt und von dieser unterstützt und gutgeheissen.

Dieser Schritt war deshalb so wichtig, weil er die Unterstützung der polizeilichen Institutionen der Schweiz beim Aufbau eines strukturierten und regelmässigen Dialogs zwischen Polizei und Wissenschaft gewährleistet. Damit wurde offiziell und erstmals der Weg hin zu einer Stärkung polizeilicher Systeme geebnet, die sich vermehrt auf evidenzbasierte Fakten stützen.

### Offizielle Einrichtung des SPRD

«Es wäre interessant, wenn das SPI eine Plattform schaffen würde. Diese könnte als Datenbank, für wissenschaftliche Publikationen, Veranstaltungen, Projektausschreibungen usw. dienen. 2. Etappe: Festlegung eines SPoC (Single Point of Contact oder auch Single Person of Contact) je Polizeikorps und Institution. Das SPI leitet diesen alle Einträge auf der Plattform weiter (...). 3. Etappe: Der SPoC übermittelt die erhaltenen Informationen an die betroffenen/interessierten Personen.»

Wie aus diesem Zitat hervorgeht, setzte die Einrichtung des SPRD mehrere Etappen voraus. Die erste bestand darin, Personen aus dem akademischen und polizeilichen Umfeld zu identifizieren, die als offizielle Anlaufstelle (SPoC) und Bezugspersonen fungieren sollen und sich verpflichten, die Aufgaben des SPRD umzusetzen und zu gewährleisten (Protokoll ISP 2023).

### Eine Liste von Fachpersonen

Das SPI befragte alle Schweizer Polizeikorps und Hochschulen, um eine Liste der Fachpersonen zusammenstellen zu können. Aus den analysierten Daten

geht hervor, dass rund zehn Polizeikorps<sup>1</sup> bereits positiv auf die Umfrage reagiert und eine oder mehrere Personen als Vertretung vorgeschlagen haben. Die Liste der Personen aus dem akademischen Bereich wird aktuell vervollständigt.

Eine Analyse der Liste bestätigt das Streben nach einer vielfältigen Vertretung in fachlicher, thematischer und sprachlicher Hinsicht. Die Kompetenzen, das Wissen und die operativen Möglichkeiten der aufgeführten Fachpersonen ergänzen sich. Das Netzwerk soll ein breites Spektrum an Kompetenzbereichen abdecken, um die Qualität und die Koproduktion der durchgeführten Arbeiten gewährleisten zu können. Die ausgewählten Vertreterinnen und Vertreter der Polizei und Wissenschaft zeichnen sich aber auch durch ihre Bereitschaft aus, ihre Analysen zu teilen und konstruktive Debatten zu fördern, und sie tragen dazu bei, das Bewusstsein für die Bedeutung einer systematischen und regelmässigen Mobilisierung von Forschungsergebnisse zu stärken.

### Die Koproduktion von Wissen

Im Hinblick auf die offizielle Lancierung Ende 2024 werden Überlegungen zu den Herausforderungen bei der Koproduktion von Wissen angestellt, denn «Zusammenarbeit bedeutet, dass beide Seiten bereit sind, sich an einer koproduzierenden Dynamik zu beteiligen, in diesem Fall im Zusammenhang mit der polizeilichen Arbeit» (Emery & Niklaus, 2025, S. 39). Alle Beteiligten müssen das Gefühl haben, entsprechend ihrem Profil und ihren Kompetenzen gebraucht zu werden; sie müssen Feedback erhalten, Ergebnisse beobachten und Schlussfolgerungen verbreiten können usw. Es dürfte also grundlegend sein, die gemeinsamen Werte zu klären und sich auf Grundprinzipien zu einigen, sei es in

Bezug auf die Integrität der Forschung, ihre Legitimität, das Engagement jeder einzelnen Person oder auch die Berücksichtigung der Vielfalt der Beiträge (Protokoll SPI 2024). Jede Aktivität muss gemeinsam erarbeitet werden und auf die Vielfalt der polizeilichen und akademischen Ressourcen zurückgreifen. Die Koproduktion von Wissen ist somit eine grosse Herausforderung, die Kompromisse und die Akzeptanz unterschiedlicher Arbeitstempi voraussetzt, die von Institutionen und individuellen Interessen beeinflusst sind. Zudem braucht es eine realistische Einschätzung der Auswirkungen des SPRD, die heute noch kaum messbar sind, auch wenn erste Hinweise zur Übertragbarkeit von Wissen auf die Ausbildung ermittelt werden konnten.

### Hin zu wissensbasierten und wissensorientierten polizeilichen Systemen?

Auch wenn die Einrichtung des *Swiss Police Research Dialogue* noch in den Anfängen steckt, verdient diese Vernetzungsplattform besondere Aufmerksamkeit, da damit erstmals in der Schweiz ein strukturierter und regelmässiger Dialog zwischen Polizei und Wissenschaft koordiniert und offiziell anerkannt wird. Hier wurde die Anfangsphase dieses umfangreichen Projekts untersucht.

Aus dieser Analyse gehen drei wesentliche Feststellungen hervor. Erstens sind das generelle Interesse und das Engagement der betroffenen Personen hervorzuheben, was grundlegend ist für die Lancierung eines so weitreichenden Projekts. Diese Personen sind sich der strukturellen, kollaborativen und ethischen Herausforderungen bewusst, die an den nächsten SPRD-Treffen ihre volle Aufmerksamkeit erfordern werden. Zweitens hat sich gezeigt, wie wichtig die Rekrutierung der SPRD-Vertreterinnen und Vertreter ist. Diese Phase verdient unsere Beachtung, weil die ausgewählten Profile und Kompetenzen die Aktivitäten und Auswirkungen der Plattform be-

einflussen werden. Und drittens ist ein starkes Interesse an der Koproduktion von Wissen zu erkennen, worin die Chancen und Herausforderungen einer engen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Polizei deutlich werden.

In Zukunft sollen die Beziehungen zwischen Polizei und Wissenschaft in der Schweiz gestärkt werden. Die Herausforderung ist zwar gross, aber sie liefert auch einen echten Impuls auf dem Weg hin zu wissensbasierten und wissensorientierten polizeilichen Systemen. Denn es ist an der Zeit, akademisches und praktisches Wissen zu verknüpfen, Wissen gemeinsam zu produzieren und so die grundlegenden Implikationen dieses Wissens für die Interessengruppen rund um die polizeiliche Forschung, Ausbildung und Praxis aufzuzeigen.

### Bibliographie

- Crawford, A., Amicelle, A., & de Maillard, J. (2023). Police et université : Retour réflexif sur la « coproduction de savoirs » en sécurité. *Gouvernement et action publique*, 12(3), 177–196. <https://doi.org/10.3917/gap.233.0177>
- Emery, Y., & Niklaus, J. (2015). La coproduction dans les prestations relevant de la puissance publique. L'exemple de la police de proximité en Suisse. *Management & Avenir*, 76(2), 37–55. <https://doi.org/10.3917/mav.076.0037>
- Hagmann, J., & Wolf, A. (2024, 10 janvier). *La police prend enfin sa place dans la recherche scientifique en Suisse*. DeFacto. <https://www.defacto.expert/2024/01/10/la-police-prend-enfin-sa-place-dans-la-recherche-scientifique-en-suisse/?lang=fr>
- Pedrozo, S. (2020). *Drones et sécurité publique: Impacts et enjeux socio-spatiaux* [Thèse de doctorat, Université de Neuchâtel]. Libra. <https://libra.unine.ch/handle/123456789/28591>
- Pedrozo, S. (2024). *Concept relatif au Swiss Police Research Dialogue (SPRD)* [concept]. Institut Suisse de Police.
- Pedrozo, S., & Amberg, C. (2023). *From science into practice* [exposé]. Journée de l'Institut Suisse de Police, Lucerne.
- Procès-verbaux ISP (2022–2024). *Discussions autour de SPRD*, Institut Suisse de Police, Neuchâtel.
- Rencontre du « Dialogue autour de la recherche » (2023). Padlets, Berne.

<sup>1</sup> Insbesondere: Forensisches Institut Zürich, Police neuchâteloise, fedpol, Kantonspolizei Bern, Kantonspolizei Waadt, Luzerner Polizei, Polizei Basel-Landschaft, Zuger Polizei, Polizei Kanton Solothurn, Kantonspolizei Wallis.

# Das Forensische Institut Zürich

Seit 2010 gibt es das Forensische Institut Zürich (FOR). Direktor Thomas Ottiker und sein Stellvertreter Jörg Arnold berichten in ihrem Beitrag über seine Entstehungsgeschichte, beleuchten Schwerpunkte in der Fallarbeit und Forschung, zeigen auf, wie es vernetzt ist und mit wem zusammengearbeitet wird, und benennen grundsätzliche und aktuelle Herausforderungen.

«Traditionell erfüllten auf dem Platz Zürich die Kantonspolizei mit ihrer «Kriminaltechnischen Abteilung» (KTA) und die Stadtpolizei Zürich mit ihrem «Wissenschaftlichen Dienst» (WD) kriminaltechnische Aufgaben für Polizei und Justiz. Mit dem «Wissenschaftlichen Forschungsdienst» (WFD) nahm die Stadtpolizei überdies Aufgaben im Auftrag des Bundes wahr.» Dieser einleitende Satz begleitete das Forensische Institut Zürich (FOR) seit dem Jahr 2010 durch den langen politischen Prozess der Verselbständigung, der nach der Inkraftsetzung des Zürcher Polizeiorganisationsgesetzes (POG<sup>1</sup>) durch diverse parlamentarische Vorstösse ausgelöst wurde. Nach Vorarbeiten durch eine Projektorganisation von Kanton Zürich und Stadt Zürich wurden KTA und WD unter dem Namen «Forensisches Institut Zürich» auf den 1. März 2010 organisatorisch zusammengelegt.

## Politischer Prozess zur Errichtung und zum Betrieb des FOR

In den folgenden Jahren wurden, basierend auf den Rückmeldungen aus dem durchgeführten Vernehmlassungsverfahren, ein Rechtssetzungskonzept erstellt und der Auftrag zur Ausarbeitung der nötigen Rechtsgrundlagen erteilt. In diesem Zusammenhang zeigte sich, dass durch das Zugeständnis an die Polizistinnen und Polizisten, bei ihren Polizeikorps angestellt zu bleiben, deren Löhne mehrwertsteuerpflichtig werden würden, wenn das FOR eine eigene Rechtspersönlichkeit würde. Dadurch kam der politische Prozess ins Stocken, bis im Jahre 2015/2016 klar wurde, dass im Rahmen der Revision des Mehrwertsteuergesetzes öffentlich-rechtliche Körperschaften mit hoheitlichen Aufgaben von der Mehrwertsteuerpflicht ausgenommen werden. Der politische Prozess wurde Ende 2016 reaktiviert und eine Projektorganisation aufgestellt, die den Auftrag erhielt, die gesetzlichen Grundlagen, die notwendigen Reglemente und die personellen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für das FOR als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt zu erarbeiten.

Da sich sowohl der Kanton Zürich als auch die Stadt Zürich am FOR beteiligen, resultierte ein zwar aufwendiger

politischer Prozess, dessen Ergebnis aber dadurch sehr tragfähig ist und auf einem umfassenden Konsens basiert. Nach dem entsprechenden Stadtratsbeschluss #1000/2018 vom 28.11.2018 folgten der zustimmende Beschluss des Gemeinderates der Stadt Zürich und am 27.11.2019 die stadtzürcherische Volksabstimmung mit einer Zustimmung von 89%. Damit ging das Geschäft an den Kanton Zürich, der mit dem Regierungsratsbeschluss 457/2020 der Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb des Forensischen Instituts Zürich (Vereinbarung FOR<sup>2</sup>) am 06.05.2020 zustimmte und das Geschäft (Vorlage 5621) an den Kantonsrat überwies. Der Kantonsrat stimmte als letzte Instanz am 21.04.2021 mit 165 Ja-Stimmen der Vereinbarung FOR zu. Diese unterstand dem fakultativen Referendum, das nicht ergriffen wurde. Mit der Publikation der entsprechenden Beschlüsse und der Reglemente zum FOR im Amtsblatt wurden diese nach Ablauf der Beschwerdefrist rechtskräftig, so dass die Verselbständigung des FOR per 01.01.2022 erfolgen konnte. Alle rund 160 polizeilichen und zivilen Mitarbeitenden sind ins selbständige Institut übergetreten. Auf den gleichen Zeitpunkt trat die Gebührenordnung<sup>3</sup> des FOR in Kraft.

## Vorgeschichte des FOR

Die Ursprünge des FOR gehen auf den 1952 gegründeten «Wissenschaftlichen Dienst» (WD) mit dem «Wissenschaftlichen Forschungsdienst» (WFD, Aufgaben im Auftrag des Bundes) der Stadtpolizei Zürich und der «Kriminaltechnischen Abteilung» (KTA) der Kantonspolizei Zürich zurück. Die beiden Dienste arbeiteten seit Beginn eng zusammen und sprachen sich in Bezug auf die zu betreuenden Fachgebiete so ab, dass kaum Doppelspurigkeiten – wo sinnvoll allenfalls gewisse Redundanzen – vorhanden waren. Beim WD waren sehr früh auch Unfallspezialisten tätig, denen für Unfalluntersuchungen<sup>4</sup> im Bereich Verkehrs-, Flug- und Arbeitsunfälle alle Methoden der modernen

### Autoren

**Thomas Ottiker**, Direktor FOR

**Jörg Arnold**, Stv Direktor FOR





Durch die 3D-Visualisierung können wertvolle Einblicke erlangt werden.  
[Bild: 3D-Rekonstruktion des Absturzes der JU 52 im August 2018]

Kriminaltechnik zur Verfügung standen. In der KTA waren die Dokumentenspezialisten und die Fingerabdruckspezialisten immer auch schweizweit tätig. Der Erkennungsdienst führte seit je die erkennungsdienstlichen Erfassungen für alle Zürcher Polizeikorps durch. Die beiden Dienste deckten teilweise auch auf nationaler Ebene fachliche Bedürfnisse für Strafverfolgungsbehörden ab.

### Schwerpunkte in der Fallarbeit und Forschung

Seit der Jahrtausendwende wurden in allen Fachgebieten die Digitalen Spuren immer wichtiger. Der Wechsel auf die Digitalfotografie erfolgte sogar noch etwas früher und wurde in allen Disziplinen konsequent weiterentwickelt. Dazu gehören auch die Aktivitäten im Bereich der 3D-Vermessung und der Virtual Reality<sup>5</sup>.

Mit dem Aufkommen und der rasanten Entwicklung der DNA-Analysen, die in der Schweiz von Gesetzes wegen bei den Instituten für Rechtsmedizin erfolgen, bekamen neben den klassischen

Mikrospuren wie Fasern, Haare und Lacksplitter die biologischen Spuren resp. DNA-haltiges Spurenmaterial eine immer wichtigere Bedeutung für die Beantwortung von kriminalistischen Fragestellungen.

Das FOR verfolgte immer den Ansatz, in allen Fachgebieten auch in der Lage zu sein, sachverständige Personen stellen und Gutachten für die Untersuchungsbehörden und Gerichte<sup>6</sup> erstatten zu können. Dies ist bis heute so – der Fokus lag in den letzten Jahren auf einer Vereinheitlichung der Inter-

pretation der spurenkundlichen Resultate und einer fachbereichsübergreifend einheitlichen Befundbewertung<sup>7</sup>.

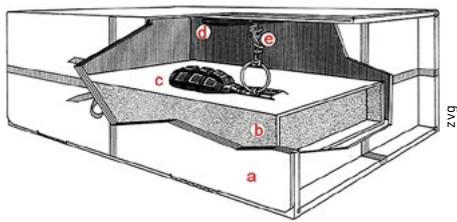
### Spezifische Herausforderungen und Formen der Zusammenarbeit

Aufgrund der Grösse des FOR und seines Auftrages, ein kriminaltechnisch-wissenschaftliches Kompetenzzentrum<sup>8</sup> zu betreiben, stellen wir diversen Bundesstellen unsere Dienstleistungen im Bereich Spurensicherung und Spurenauswertung<sup>9</sup> zur Verfügung. Dazu gehören fedpol, die Bundesanwaltschaft, die Militärjustiz und die Militärpolizei sowie die Schweizerische Sicherheitsuntersuchungsstelle (SUST) und das Labor Spiez, die alle über keine eigene Kriminal- oder Unfalltechnik verfügen. Dadurch, dass das FOR sowohl eine eigene Rechtsperson als auch eine kantonale Polizeibehörde ist, kann der Direktor FOR Dienstleistungsverträge und Zusammenarbeitsvereinbarungen in eigener Kompetenz abschliessen.

Im Zusammenhang mit Schusswaffendelikten betreibt das FOR seit den 1980er-Jahren die Zentralstelle zur Auswertung von Schusswaffenspuren (ZSAS) im Auftrag der KKPKS resp. der KKJPD. Neben dem Führen einer Sammlung von Tatmunition und von Schusswaffen werden spurenkundliche Vergleiche von neuen Schusswaffendelikten mit alten Delikten zugunsten aller Strafverfolgungsbehörden in der ganzen Schweiz ausgeführt sowie Ausbildungen organisiert und durchgeführt.



«Im Zusammenhang mit Schusswaffendelikten betreibt das FOR seit den 1980er-Jahren die Zentralstelle zur Auswertung von Schusswaffenspuren.»



«Die forensischen Spezialisten des FOR sind auch Spezialisten für die Entschärfung von Unkonventionellen Spreng- und Brand-Vorrichtungen.» (Bild: Paketbombe)

Daneben besteht eine enge Zusammenarbeit und ein regelmässiger Austausch mit der Ecole des Sciences Criminelles (ESC) an der Universität Lausanne sowie dem Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich (IRM-UZH) sowie dem Institut für Computerlinguistik<sup>10</sup> der Universität Zürich.

## Aktuelle Herausforderungen

Durch die Revision des DNA-Profil-Gesetzes und der Strafprozessordnung sind neben den klassischen forensischen DNA-Profil-Auswertungen neu auch erweiterte DNA-Auswertungen wie die Phänotypisierung und das Erstellen und Abgleichen von Y-DNA-Profilen zulässig<sup>11</sup>. Hier gilt es, auf dem aktuellen Stand des Wissens zu bleiben und die kriminalistischen Chancen aber auch Grenzen dieser neuen Methoden genau zu kennen und in enger Zusam-

menarbeit mit dem IRM-UZH und den Strafverfolgungsbehörden optimal einzusetzen.

Ein weiteres topaktuelles Thema ist der Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Forensik – neben den technisch-wissenschaftlichen Herausforderungen sind hier auch die rechtlichen Rahmenbedingungen einzuhalten<sup>12,13,14</sup>.

## Eigene Themen und Fragestellungen

Zu den Bundesaufgaben, die das FOR für fedpol und die Bundesanwaltschaft wahrnimmt, gehören Spurensicherung und Spurenauswertung nach Ereignissen mit Explosivstoffen<sup>15</sup>. Hier nehmen die forensischen Spezialisten des FOR eine zweite Aufgabe wahr, was zu wichtigen Synergien führt: Sie sind auch Spezialisten für die Entschärfung von Unkonventionellen Spreng- und Brand-Vorrichtungen (USBV) – also voll ausgebildete polizeiliche Bombenentschärfer. Das führt dazu, dass sie nach der durchgeführten Gefahrenabwehr über alle Informationen verfügen, was dabei allenfalls verändert wurde oder spurenkundlich speziell beachtet werden muss.

Im Bereich der Betäubungsmittel betreibt das FOR im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) das Referenzlabor für Neue Psychotrope Substanzen (NPS)<sup>16</sup>, stellt das Monito-

ring bei den NPS sicher und stellt den Instituten für Rechtsmedizin in kleinsten Mengen entsprechende Referenzsubstanzen zur Verfügung. Hier ist das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) ein wichtiger Auftraggeber des FOR, indem es die zahlreichen durch den Zoll sichergestellten Betäubungsmittel im FOR analysieren lässt, wodurch wir früh an die neuesten Substanzen gelangen.

## Fazit

Die Verselbständigung des Forensischen Instituts Zürich brachte unter anderem bedeutende gesetzgeberische, formale und organisatorische Veränderungen mit sich. Das übergeordnete Ziel der Leitung bestand stets darin, den eigenen Kernauftrag – namentlich die spurenkundlichen und kriminaltechnisch-präventiven Tätigkeiten – jederzeit in hoher Qualität zu gewährleisten. Dies ist unserer Meinung nach gelungen.

Mit der Stadt Zürich und dem Kanton Zürich als gemeinsame Trägerschaft ist das Forensische Institut Zürich politisch breit abgestützt. Der Mix zwischen polizeilichem und wissenschaftlichem Knowhow hat sich bewährt. Das FOR deckt die spurenkundliche Beweiskette vom Ereignisort bis in den Gerichtssaal ab – und das in einem vielseitigen forensischen Spektrum.

- 1 Polizeiorganisationsgesetz vom 29. November 2004 (POG, LS 551.1)
- 2 Vereinbarung zwischen dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich über Errichtung und Betrieb des Forensischen Instituts Zürich (vom 12. April 2021, Vereinbarung FOR, LS 551.60)
- 3 Gebührenordnung des Forensischen Instituts Zürich (vom 11. Juni 2021, Gebührenordnung FOR, LS 551.63).
- 4 Arnold J., Unfall-Gutachten, Methodik – Möglichkeiten – Grenzen – Fallstricke – StPO, *Strassenverkehr/Circulation Routière 1/2016*, S. 40–45.
- 5 Ausführlich dazu siehe [www.3dzz.ch](http://www.3dzz.ch).
- 6 Arnold J., Weitere Gedanken zur Auftragserteilung, *forumpoenale 6/2020*, S. 466–473.
- 7 Arnold J., Ottiker Th., Kriminalistisches Denken – systematisch, methodisch, logisch. *Kriminalistik 1/2019*, S. 50–54.
- 8 § 2 Zweck, Vereinbarung FOR.
- 9 Ausführlich dazu siehe [www.for-zh.ch](http://www.for-zh.ch) → Dienstleistungen oder → Zentralstellen.
- 10 Ausführlich dazu Ruch H., Fröhlich A., Lim S., Grosse sprachliche Vielfalt auf kleinem Raum – Chancen und Herausforderungen der forensischen Phonetik in der Schweiz, *Kriminalistik 4/2023*, S. 191–199.
- 11 Ausführlich dazu Arnold J., Kratzer A., Lüthi F., Voegeli P., Auswirkungen der Revision des DNA-Profil-Gesetzes in der Schweiz, DNA und DNA-Profile – genetische, kriminalistische und juristische Aspekte. *Kriminalistik 3/2024*, S. 175–179.
- 12 Ausführlich dazu siehe <https://www.formaltec.ch>.
- 13 Ausführlich dazu Lory M., Bovens M., Dobay A., Der Einsatz von «Künstlicher Intelligenz» in der forensischen Fallarbeit, Teil 1: Wie bekommen wir Maschinen in den Griff?, *Kriminalistik 3/2023*, S. 178–183.
- 14 Ausführlich dazu Lory M., Bovens M., Der Einsatz von «Künstlicher Intelligenz» in der forensischen Fallarbeit, Teil 2: Die Maschine findet noch geringste Reste von Treibstoffbenzin im Brandschutt, *Kriminalistik 7/2023*, S. 426–432.
- 15 Ausführlich dazu Kurmann T., Schmid F., Arnold J., Kommissar Zufall und eine Paketbombe aus dem Jahr 2002. *Kriminalistik, 3/2022*, 177–181.
- 16 Ausführlich dazu Bogdal C., Schläpfer M., Bissig Ch., Arnold J., Cannabis, Cannabisprodukte und synthetische Cannabinoide. Vielfältige Herausforderungen. *Jahrbuch zum Strassenverkehrsrecht 2022*, S. 279–291.

# Wissenschaft mit, für und über Polizei: Hybride Polizeiforschung bei der Kantonspolizei Basel-Stadt

Im Kanton Basel-Stadt treibt die im Jahr 2022 neugeschaffene Abteilung Polizeiwissenschaften den Ausbau einer translationalen Art von Forschung voran, welche die Praxisthemen und den Erfahrungsschatz der Polizistinnen und Polizisten mit dem Forschungsstand direkt verwebt. Sie vereint Expertise aus den Politikwissenschaften, der Kriminologie, Soziologie, Ethnologie und Polizeipraxis und arbeitet projektbezogen eng mit den Praktikerinnen und Praktikern des Korps und der Verwaltung zusammen.

Das Schweizer Polizeiwesen ist stark gefordert. Die Polizei muss mit der dynamischen Kriminalitätsentwicklung Schritt halten und bestehende Dunkelfelder weiter reduzieren. Sie braucht technische Entwicklungen für sich und ihre Dienstleitungen nutzbar machen und die stärker werdenden Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum proaktiv auffangen. Sie hat Hilfs- und Schutzbedürfnisse einer zunehmend mobilen und heterogenen Bevölkerung zu erfüllen – und muss generell in einem gesellschaftlichen Kontext operieren, der sich durch stärkere Individualität und widersprüchliche Wünsche, auch

in Richtung Staatlichkeit und Polizei, auszeichnet. Weiter muss sie Sicherheit in zunehmend interdisziplinärer Abstimmung mit anderen Behörden erbringen sowie ihre Arbeit noch vorausschauender ausrichten und auf objektiveren Grundlagen abstützen. Dies alles im Kontext anhaltenden Fachkräftemangels, personellen Unterbestands und der grossen Komplexität des föderalen Systems der inneren Sicherheit.

Diese Herausforderungen schaffen umfangreichen Entwicklungsbedarf und steigern auch den Nutzen einer engeren Zusammenarbeit von Polizei und Wissenschaft. Letztere hilft, Fachwissen aus weiteren Arbeitsbereichen, aber auch Methoden der Wissensgewinnung aus der Grundlagenforschung, für das Polizeiwesen nutzbar zu machen – und die Polizei so bei der Bewältigung der vielen genannten Herausforderungen zu unterstützen. Die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft soll jedoch keine Einbahnstrasse sein: Es gilt nicht nur,

## Autor

**Dr. Jonas Hagmann**

leitet die Abteilung  
Polizeiwissenschaften  
der Kantonspolizei  
Basel-Stadt.



Die Mitarbeitenden der Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt (inklusive der temporären, sowohl des Teams wie auch der beigeordneten Projekte und der Drittmittelprojekte)

die Polizeiarbeit mit neuen Forschungsergebnissen zu unterstützen, sondern auch umgekehrt, die Praxisbedürfnisse des Polizeiwesens der Forschung noch besser zugänglich zu machen. Ziel ist es, dass sich die Hochschullandschaft auch selbst vermehrt mit Fragestellungen befasst, die für die lokale Sicherheitsarbeit wichtig sind, doch in Folge universitärer Eigenlogiken in der Forschung öfters unbeachtet bleiben. Kurzum, es besteht Anlass zum Ausbau einer translationalen Art von Forschung, einem Wissensverarbeitungsansatz, welcher die Praxisthemen und den enormen Erfahrungsschatz der Polizistinnen und Polizisten mit dem Forschungsstand direkt verwebt.

Im Kanton Basel-Stadt wird dieser Ansatz heute von der im Jahr 2022 neugeschaffenen hybriden Abteilung Polizeiwissenschaften verfolgt. Diese Abteilung vereint Expertise aus den Politikwissenschaften, der Kriminologie, Soziologie, Ethnologie und Polizeipraxis und arbeitet projektbezogen eng mit den Praktikerinnen und Praktikern des Korps und der Verwaltung zusammen. Sie fokussiert auf die urbane und zukunftsorientierte Polizeiarbeit in Basel und der Schweiz, behält aber auch die transnationalen und interdisziplinären Komponenten des Polizeiwesens im Blick, um Erfahrungen aus dem Ausland aufzuarbeiten. Ihrer Namensgebung entsprechend recherchiert die Abteilung mit, für, aber auch über die Polizei. Mit ihrer hybriden Konstruktion erbringt die Abteilung eine neue Art von Unterstützungsarbeit an der Schnittstelle von Polizei und Forschung. Sie hilft der Kantonspolizei, ihre gesetzlichen Schutz- und Ordnungsaufträge besser zu erfüllen, stärkt darüber hinaus aber auch die Schweizer Polizeiforschung und macht das Polizeiwesen generell breiteren Interessentengruppen zugänglich. Dies ähnlich der Art und Weise, wie es das *College of Policing* in Grossbritannien, die *Ecole Nationale de Police du Québec* in Kanada, die kriminologischen und polizeiorientierten Forschungsstellen in Deutschland

### Die vier Arbeitsfelder der Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt

	Kurzfristige Beiträge	Mittel- und langfristige Grundlagenarbeit
«Einschlag Dienstleitung»	Wissenschaftliche (Führungs-) Unterstützung <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zugänge zu Fachliteratur</li> <li>• Aufbereitung einschlägiger Studien</li> <li>• Handhabung Forschungsanfragen</li> <li>• Betreuung Qualifikationsarbeiten</li> <li>• Interdisziplinäre Stellungnahmen</li> </ul>	Strategisches <ul style="list-style-type: none"> <li>• Konzepte und Berichte der Kantonspolizei Basel-Stadt</li> <li>• Arbeitsgruppen und Kommissionen intern, kantonale, landesweit oder international</li> </ul>
«Einschlag Recherche»	Angewandte Recherchen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Systematische Aufarbeitung von Erfahrungen und <i>best practices</i> im Schweizer und europäischen Polizeiwesen, mit Handlungsableitungen</li> </ul>	Polizeiforschung <ul style="list-style-type: none"> <li>• Monitorings und Grundlagenforschung</li> <li>• Publikationen und hausinterne Lehre</li> <li>• Drittmittel und Kooperationen</li> <li>• Gastforschende</li> </ul>

oder das *Institut des hautes études du ministère de l'Intérieur* in Frankreich tun.

Die polizeiwissenschaftliche Abteilung in Basel ist eine Mischung aus Stabs- und Forschungsstelle. Dies zeigt sich in den Dienstleistungen der Abteilung, welche unterschiedliche Akteure von Aussendienst über Fachverantwortliche, Polizeileitung und kantonale Ansprechpartner bis hin zur spezialisierten Forschungslandschaft bedient oder anspricht. Es spiegelt sich auch in der Produktpalette, die sie erarbeitet und in vier idealtypische Dimensionen unterteilt werden kann: Die Arbeiten der polizeiwissenschaftlichen Abteilung weisen entweder einen höheren Dienstleistungs- oder einen stärkeren Recherchecharakter aus, oder aber sie unterscheiden sich durch die Kurz- oder Langfristigkeit ihrer Beiträge (siehe Grafik oben). Im Arbeitsfeld «Wissenschaftliche Führungsunterstützung» werden einschlägige nationale und internationale Studien für den korpsinternen Gebrauch aufbereitet. Es werden digitale Zugänge

zu Fachartikeln geschaffen, welche Polizistinnen und Polizisten für ihre Qualifikationsarbeiten benötigen. Es werden interne Qualifikationsarbeiten betreut, externe Forschungsanfragen triagiert und so ausgestaltet, dass sie beidseitig gewinnbringend sind, sowie interdisziplinäre Stellungnahmen der Kantonspolizei zu Händen von Kantonsverwaltung, Kantonsparlament und Kantonsregierung erstellt.

Die «Angewandten Recherchen» stellen das Kernstück der Einheit dar. Sie verbinden Literaturarbeit mit der Erfassung von Erfahrungen anderer Polizeikorps im In- und Ausland, also Direktbefragungen von Ist-Zuständen und *best practices*: Wie können Hassdelikte gut rapportiert werden? Wohin entwickelt sich die polizeiliche Präventionsarbeit? Können und sollen Polizeimitarbeitende pseudonymisiert werden, um sie vor persönlichen Übergriffen zu schützen? Die angewandten Studien werden auf internen Auftrag hin erstellt und gemeinsam mit den Fachspezialisten im Korps in möglichst konkrete Handlungsableitungen übersetzt. Sie

unterstützen so den Umgang der Polizei mit den untersuchten Themen.

Im Arbeitsfeld «Strategisches» arbeitet die Abteilung an Konzepten und Berichten der Kantonspolizei mit oder leitet diese an, so etwa zur Zukunft des kantonalen Einsatzgebiets und der Polizeiarbeit generell. Ebenfalls dazu gehört die Mitarbeit in internen und kantonalen, teils auch landesweiten Arbeitsgruppen und Kommissionen. Diese decken Themen ab wie die Evaluation von Drohneinsätzen, die interdepartementale Handhabung von öffentlichen Räumen in Basel oder die künftigen polizeilichen Kaderprofile der Schweiz.

Am Übergang zum vierten Arbeitsfeld, der «Polizeiforschung», arbeitet die Abteilung in den neugeschaffenen Polizeiforschungskommissionen von Francopol und Europol mit, in letzterer vertritt sie die Schweiz. Gemeinsam mit anderen Polizeikörpers verbessert sie in diesen Gremien den Zugang der Polizeien zu Fach- und Forschungswissen. Die Polizeiforschung selbst umfasst ein Monitoring aller wissenschaftlichen Publikationen über Polizei in der Schweiz, eine Sammlung der Strategiepapiere und Jahresberichte der Schweizer Polizeikörpers sowie ein Inventar mit einschlägigen polizeiwissenschaftlichen Newsletter und Podcasts. Diese Ressourcenzusammenstellungen erlauben einen schnellen und einfachen Blick auf neueste Forschungsergebnisse, was die Zusammenarbeit von Polizei und Wissenschaft vereinfacht. Darüber hinaus beinhaltet das vierte Arbeitsfeld klassische Forschungsaktivitäten: Drittmittelinwerbung für Forschungsarbeit und Kooperationen mit Fachhochschulen und Universitäten. Heute führt die Abteilung dank externen Fördergeldern zwei umfangreichere Forschungsprojekte durch, in Zusammenarbeit mit einem Gastforscher der ETH Zürich konnte sie weitere für die Kantonspolizei wichtige Themen erschliessen.

Im Alltag verfliessen die skizzierten vier Arbeitsfelder personell und inhaltlich. Die fachlichen Kompetenzen

der Mitarbeitenden verteilen sich auf die vier Felder und ergänzen sich durch Teamarbeit. Dies ermöglicht die angestrebte Erarbeitung unterschiedlicher Wissensprodukte zu Händen der verschiedenen Anspruchsgruppen. Die gesuchte Verbindung von Praxiswissen und Forschungsstand findet somit auch auf der Ebene der Mitarbeitenden und erarbeiteten Produkte statt. Auch die Streuung der Arbeiten ist entsprechend aufgefächert. Neben internen Arbeiten für den dienstlichen Gebrauch, Mitarbeit in Arbeitsgruppen, dem Teilen von Resultaten im Intranet usw. streuen die Mitarbeitenden, wenn sinnvoll und einfach möglich, erarbeitete Resultate auch in anonymisierter Kurzform über Zeitschriftenbeiträge, die Website der Kantonspolizei oder den eigenen Newsletter.

Mit letzteren Kanälen werden Studien auch interessierten Personen in der Polizeilandschaft, der Hochschulforschung und Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dies hilft, die heute noch spärliche Schweizer Polizeiforschung breiter zu etablieren – aber auch die öffentliche Diskussion um die Polizei in der Schweiz zu versachlichen und auf robustere Grundlagen zu stellen. Mit etwas Glück dient dies auch, pauschalen Argumenten rund um die Polizei den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Polizei als das zu positionieren, was sie ist: ein ausgesprochen zentrales Element im gesellschaftlichen und politischen Gefüge der Schweiz und eine Organisation, die zahlreichen Herausforderungen gegenübersteht, sich naturgemäss kontinuierlich weiterentwickeln muss und sich auch fortwährend verbessern soll.

Wie können bestehende Gewalt-Hotspots strategischer gehandhabt werden? Wann wirken «Dialogteams» bei Demonstrationen besonders deeskalierend? Und wie kann die Schweizer Polizeiforschung breiter ausgeschöpft und entwickelt werden? Die polizeiwissenschaftliche Arbeit direkt an der Schnittstelle zwischen Praxis und Wissenschaft ist für die Kantons-

polizei Basel-Stadt ein weiteres Hilfsmittel, um ihre Dienstleistungen weiterzuentwickeln und ihre Aufträge zu Gunsten von Bevölkerung und Kanton noch wirkungsvoller zu erfüllen. Der hybride und translationale Charakter dieses Ansatzes ergänzt damit bestehende disziplinäre – also eher universitäre – Zugänge zu Fragen von Kriminalität und innerer Sicherheit, also etwa der Kriminologie, dem Strafrecht, der sicherheitspolitischen Forschung oder Soziologie, mit ihrer dezidierten Verankerung in der Polizeipraxis und dem Polizeiwesen.

### Kurzprofil Abteilung Polizeiwissenschaften

Die Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt ist eine hybride sozialwissenschaftliche Einheit zwischen Polizeipraxis und Polizeiforschung. Sie beantwortet aktuelle Fragestellungen rund um die urbane und zukunftsorientierte Polizeiarbeit. Dazu verknüpft sie angewandtes Erfahrungswissen, wissenschaftliche Methodik und Erkenntnisse internationaler Studien. Die Abteilung leistet Führungsunterstützungsarbeit, erstellt angewandte Recherchen mit Handlungsableitungen, konzipiert strategische Berichte und ist in der universitären Polizeiforschung tätig. Aktuelle Schwerpunkte liegen auf Dialogteams, Gewalt-Hotspots, Datenwertigkeit im Polizeiwesen, Radikalisierungsvorbeugung und das Thema Sicherheit und städtische Zwischennutzungen.

[www.bs.ch/polizeiwissenschaften](http://www.bs.ch/polizeiwissenschaften)

Die öffentlichen Produkte der Abteilung sind online frei zugänglich und als Newsletter abonnierbar.



# Polizeiliches Präventionswesen – *quo vadis?*

Angesichts der rasanten Entwicklungen in den verschiedensten Bereichen der Kriminalität stellt sich die Frage, wie das polizeiliche Präventionswesen organisatorisch, thematisch und personell optimal aufgestellt werden kann. Hierzu hat die Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt eine umfassende Praxisbefragung durchgeführt. Dabei wurden Fachpersonen bei Schweizer und ausländischen Polizeikorps befragt, um Ist-Zustände zu erfassen und Zukunftsprognosen erstellen zu können.

Das polizeiliche Präventionswesen muss sich fortwährend an neue Trends anpassen. Denn das tagtägliche Zusammenleben der Bevölkerung und der gesellschaftliche Umgang sind bekanntlich keine fixen Grössen, sondern entwickeln sich kontinuierlich weiter.

Auch die Vorgehensweisen krimineller Personen und Gruppen verändern sich sehr dynamisch. Zudem steigt erstens die Anspruchshaltung der Bevölkerung an Staatlichkeit und Polizei, um sie vor Gefahren zu schützen, und zweitens können Behörden ihre Präventionsmassnahmen Schritt für Schritt selbst auf neue technische, fachliche und personelle Mittel abstützen. Aus dieser Gemengelage entspringt ein Bedarf an «Zukunftsforschung» für den polizeilichen Präventionsbereich. Wohin wird und soll sich dieser Arbeitsbereich entwickeln?

Zahlreiche Studien belegen den Nutzen der Präventionsarbeit. So beziffern beispielsweise Forschungsergebnisse aus Amerika den abgewendeten finanziellen Schaden einer verhinderten kriminellen Karriere eines bzw. einer Jugendlichen, welche/r als stark gefährdet eingestuft wird, auf Millio-nenhöhe. Deshalb stellt sich mit Blick auf die zunehmend rasanten Entwicklungen von Gesellschaft, Kriminalität, Ansprüchen und Polizeiarbeit die Frage, wie das polizeiliche Präventionswesen organisatorisch, thematisch und personell optimal aufgestellt werden kann.

## Praxiserfassung in der Schweiz – mit Blick über die Landesgrenzen

Für diese Erfassung wurden die 26 kantonalen und vier grösseren städtischen Polizeikorps angefragt, ihre Einschätzungen zu teilen. 23 Schweizer Korps nahmen schliesslich an der Befragung teil. Um einen Blick über die Landesgrenzen zu werfen und Ideen aus dem europäischen Umfeld zu sammeln, wurde zudem ein süddeutsches Polizeikorps befragt. Aufgrund der geographischen Lage des Stadtkantons Basel-Stadt ist eine Aufarbeitung der Ansätze im Dreiländereck besonders ein-sichtsreich. Auf Hinweis von Fachleuten wurden weiter die Trendeinschätzungen von je einem städtischen Korps aus Österreich und Dänemark erfasst. Resultate aus dem benachbarten Frankreich wurden mangels direkten Zugangs durch eine indirekte Literaturrecherche erschlossen.

Der verwendete Fragenkatalog fokussierte zuerst auf die Bestandsaufnahmen, d. h. die aktuellen Organisationsstrukturen, die heutigen Aufgaben und den bestehenden Personalpool des polizeilichen Präventionswesens. Im zweiten Teil wurden Fragen zu den Einschätzungen betreffend die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur, der Aufgaben und der Personalrekrutierung gestellt. Die gesammelten Daten wurden qualitativ ausgewertet. Bei offen gestellten Fragen zeigte sich die Trennschärfe zwischen einzelnen Antwortkategorien teilweise als leicht verschwommen. Die hier ausgewiesenen Prozentsätze geben die Resultate aus der Schweizer Praxis wieder, die internationalen Befragungen werden gesondert beschrieben.

## Die polizeiliche Präventionsarbeit heute

Die Resultate zur Organisationsstruktur zeigen, dass bei 43% der befragten Schweizer Polizeikorps eine eigene Organisationseinheit die polizeiliche Präventionsarbeit verantwortet. Bei 30% der befragten Korps gibt es keine

### Autor/innen

#### Anna Lena Grüniger

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin.



#### Nicolas Körber

Fw1, ist Polizist und wissenschaftlicher Mitarbeiter.

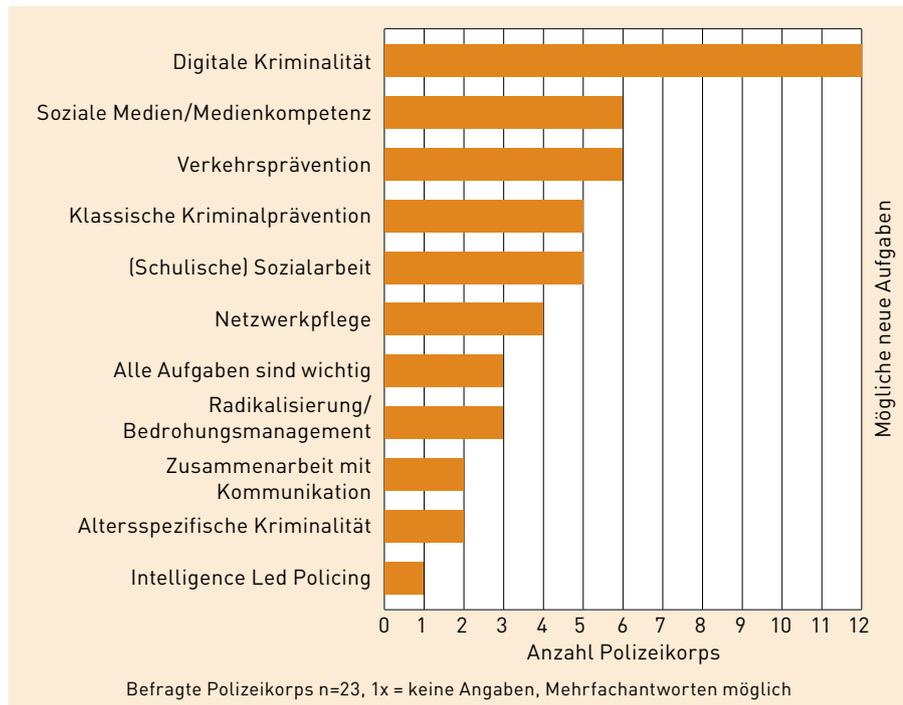


#### Dr. Jonas Hagmann

leitet die Abteilung Polizeiwissenschaften der Kantonspolizei Basel-Stadt.



**Abb.1: Mögliche neue Aufgaben für die polizeiliche Präventionseinheiten**



52% der Befragten gingen davon aus, dass die Prävention gegen digitale Kriminalität als neue Aufgabe gestärkt wird. 26% der Polizeikorps nannten die Verkehrsprävention respektive die präventive Arbeit in den sozialen Medien als neue Aufgaben.

solche themenführende Organisationseinheit. In solchen Fällen verteilen sich die polizeilichen Präventionsaufgaben häufig auf Medien- und Kommunikationsabteilungen oder eine thematisch eng gefasste Kriminalprävention. Sofern sie bestehen, sind die spezialisierten Präventionseinheiten meistens hierarchisch, das heisst im Linien- bzw. Stab-Linien-Modell, organisiert. Einige Polizeikorps schreiben der Präventionsarbeit zu wenig Stellenprozente zu, um ihre jeweilige Organisationsstruktur zu erkennen.

Die heute zentralen Aufgabenbereiche sind die Kriminalprävention sowie die Verkehrsprävention und -instruktion. Das *Community Policing*, welches vertrauensfördernde Methoden und bürgernahe Polizeiarbeit garantieren soll, ist uneinheitlich an den Präventionsbereich angeschlossen. 26% der befragten Polizeikorps nennen das *Community Policing* als integralen Bestandteil des Präventionswesens, knapp 44% der befragten Polizeikorps

geben an, dass das *Community Policing* kein Bestandteil der Präventionseinheit sei. Als Begründung werden die fehlenden finanziellen Ressourcen oder aber die Zuordnung zu einer anderen Organisationseinheit genannt.

Für die Bestandsaufnahme des Personalkörpers, welcher innerhalb des Schweizer Polizeiwesens Präventionsarbeit leistet, wurden zuerst die Vollzeitäquivalente vor Ort erfasst. Diese wurden dann mit der Gesamtheit der Mitarbeitenden, welche gemäss den kantonalen und städtischen Polizeikommandantinnen und -kommandanten die Polizeiorganisationen beschäftigen, verglichen. Dabei zeigt sich, dass die Präventionseinheiten einen überschaubaren Anteil des jeweiligen Personalkörpers ausmachen. Sie variieren zwischen null bis ein Prozent und betragen seltener zwei oder drei Prozent der Gesamtorganisation. Die Mehrheit der befragten Polizeikorps beschäftigt derzeit keine zivilen Mitarbeitenden im Präventionswesen, obwohl gemäss

KKPKS das Schweizer Polizeiwesen heute zu 24% aus zivilen Mitarbeitenden besteht.

## Zukunftserwartungen der Praktikerinnen und Praktiker

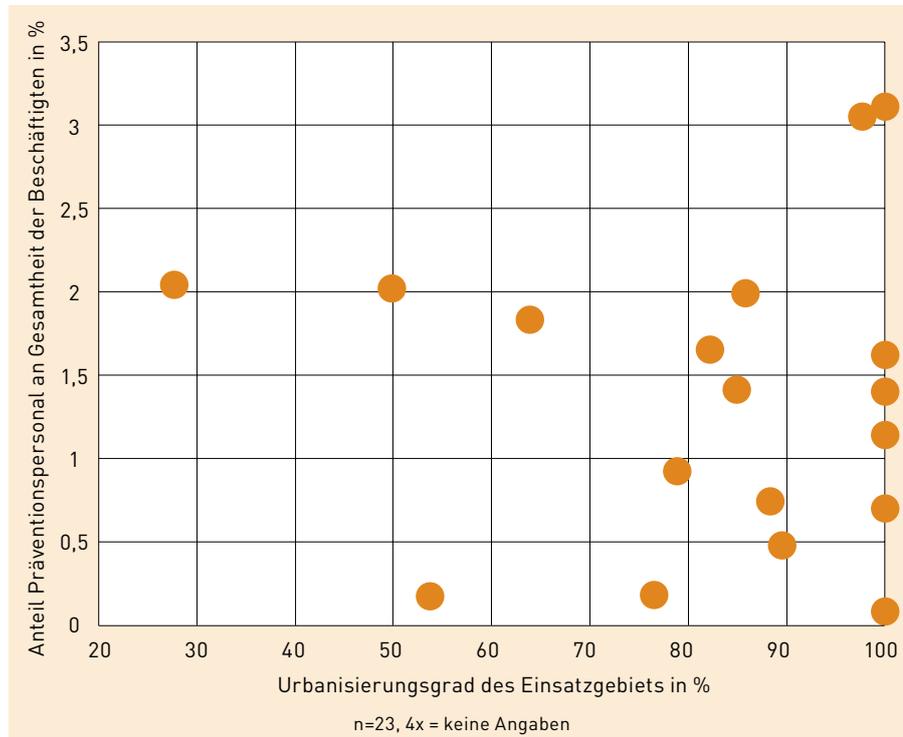
Die befragten Polizeikorps schätzen die zukünftigen Organisationsstrukturen der Präventionsarbeit unterschiedlich ein. Einige erwarten keine institutionellen Änderungen, andere die Schaffung eigener spezialisierter Abteilungen oder Fachbereiche. Die Resultate lassen erkennen, dass bei personell grösseren Korps tendenziell eher eine Aufstockung der personellen oder finanziellen Ressourcen sowie eher eine Etablierung spezialisierter Organisationseinheiten erwartet wird.

Die Aufgabenbereiche, welche als zentral für die Zukunft erwartet werden, sind die digitale Kriminalität, die Verkehrsprävention an Schulen, Themen wie Trendfahrzeuge, Sozialarbeit an Schulen oder *Community Policing* (Abb. 1). Sechs Polizeikorps nannten die Nutzung von Sozialen Medien als wichtige Methode, um insbesondere Jugendliche besser zu erreichen – auch hinsichtlich der Gefahren, welche diese Sozialen Medien mit sich bringen. Zwei Polizeikorps nennen, nebst anderen künftig relevanten Bereichen, einen Bedeutungsgewinn der Präventionsarbeit zur altersspezifischen Kriminalität.

Ob der erfolgreiche Einsatz präventiver Mittel und die Auflösung von Kriminalitätsfeldern gegebenenfalls Aspekte der polizeilichen Präventionsarbeit überflüssig macht? Die Mehrheit der befragten Praktikerinnen und Praktiker verneint dies klar. Sie identifizieren vielmehr einen sehr grossen, derzeit personell ungedeckten, Handlungsbedarf im Präventionsbereich, insbesondere im digitalen Raum.

In Sachen künftiger Personalkörper schliesslich kristallisieren sich zwei entgegengesetzte Rekrutierungsansätze heraus. Einzelne Korps beabsichtigen klar, ihre Präventionsarbeit in Zukunft mit zunehmend interdisziplinären – und damit auch «zivilen» – Kompetenzen zu

**Abb. 2: Urbanisierungsgrad und Anteil der Vollzeitstellen der Präventionseinheiten**



Die Resultate zeigen, dass sich ein Urbanisierungsgrad von über 80% tatsächlich in einem tendenziell höheren Anteil der durch die Präventionseinheiten besetzten Vollzeitstellen niederschlägt.

ergänzen. Für zahlreiche andere Polizeien steht die polizeiliche Grundausbildung und «Fronterfahrung» bei der Besetzung von Stellen weiterhin im Vordergrund.

### Anregungen aus dem Ausland und dem urbanen Umfeld

Der Blick ins Ausland zeigt, dass das polizeiliche Präventionswesen in Deutschland jenem der Schweiz bezüglich Organisation, Aufgabenbereiche und Arbeitsweise sehr ähnlich ist. Das französische Präventionswesen mit der *Gendarmerie* und *Police Nationale* arbeitet mit landesweiten, kommunal organisierten Präventionsansätzen und kennt keine flächendeckende Praxis der Gewalt-, Drogen- und Verkehrsprävention an Schulen. Die österreichische Polizei investiert besonders viel in die Präventionsarbeit gegen geschlechtsspezifische Gewalt, und das dänische Präventionswesen scheint

vergleichsweise am breitesten aufgestellt. Die befragte dänische Polizei verfolgt eine starke Orientierung hin zur (potentiellen) Täterschaft und betreibt einen beeindruckenden Aufwand für die Pflege des nachbar- und partnerschaftlichen Netzwerks, die Ansprache und Nachsorge von Betroffenen sowie die allgemeine Kommunikation mit der Bevölkerung.

Die Bilder aus Österreich und Dänemark wurden von grossstädtischen Polizeikörpern gezeichnet – und werfen implizit die Frage auf, ob der Urbanisierungsgrad der Einsatzgebiete die polizeiliche Präventionsarbeit besonders prägen. Besteht in dicht besiedelten Gebieten in Folge vielfältigerer Reibungspunkte ein erhöhter Bedarf an Präventionsarbeit? Oder fordert die städtische Bevölkerung einen breiteren Katalog an Präventionsleistungen? Eine einfache Gegenüberstellung von Urbanisierungsgrad und heutiger Ausstattung polizei-

licher Präventionsarbeit zeigt, dass in Kantonen, in welchen über 80% der Bevölkerung in urbanen Gemeinden wohnen, tatsächlich höhere Anteile an Beschäftigten der Präventionsarbeit zugeteilt werden. Doch diese Korrelation ist nicht dominant. Auch ausgewählte ländlichere Kantone weisen vergleichsweise substantiellere Personalanteile der Prävention zu, zudem gibt es auch städtische Korps mit leichter dotierten Präventionseinheiten. Die «urbane Frage» kann folglich noch nicht abschliessend beantwortet werden und bedarf weiterer Aufarbeitung (Abb. 2).

Das polizeiliche Präventionswesen in der Schweiz stellt ein heterogenes Feld dar – dies ist wenig überraschend, denn das Schweizer Polizeiwesen ist ausgesprochen ungleich ausgestaltet, und die Einsatzschwerpunkte der Polizeien sind höchst unterschiedlicher Natur. Diese Heterogenität spiegelt sich zum Teil auch in den Trenderanschätzungen der Praktikerinnen und Praktiker. Das heisst aber nicht, dass die übereinstimmenden Perspektiven fehlen. Generell wird eine zunehmend spezialisierte Institutionalisierung des Fachgebiets erwartet, ausgewählte Themenbereiche, welche an Relevanz gewinnen, werden genannt, und die Personalfrage bewegt sich zwischen den Polen der Interdisziplinarität und Polizeierfahrung. Zudem gilt, dass die hier ausgeleuchtete polizeiliche Arbeit nur einen Aspekt der Präventionsbemühungen darstellt, die auf Kantonsgebieten, in Gemeinden und durch die Eidgenossenschaft vorgenommen werden. Präventionsbemühungen werden auch von Fachpersonen und -stellen ausserhalb der Polizeiorganisationen vorgenommen, bspw. von der Schweizerischen Kriminalprävention SKP. Es stellt sich deshalb die spannende Frage, welche weiteren Handlungsfelder identifiziert werden und wie sich das polizeiinterne sowie -externe Präventionswesen organisatorisch und personell ausrichtet – damit die präventive Arbeit der Behörden gesamtheitlich auf künftige Herausforderungen vorbereitet werden kann.

# Was können «Super-Recognizer» (noch)?

«Gesichts-Super-Recognizer», also Menschen mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten im Vergleichen und Wiedererkennen von Gesichtern, erweisen sich als äusserst nützlich für Strafverfolgungsbehörden, etwa bei der Sichtung und Verarbeitung grosser Mengen an Bild- und Videomaterial in den Fahndungsabteilungen der Polizei. Analog dazu könnten in Zukunft auch «Stimmen-Super-Recognizer» von grossem Nutzen sein. Zu dieser spannenden Entwicklung hat die Forensische Phonetikerin Andrea Fröhlich, Forensisches Institut Zürich, mit der Neurowissenschaftlerin Meike Ramon, Universität Lausanne, ein Interview geführt.

**Andrea Fröhlich (AF):** *Meike Ramon, vor einigen Jahren haben wir uns im Rahmen eines Fachaustausches am Forensischen Institut Zürich kennengelernt. Du kamst zu Besuch, um dich mit Forensikern und Forensikerinnen zu deren Methoden beim Gesichtsvergleich auszutauschen. Sind solche Treffen zwischen Praktikern und Praktikerinnen sowie Forschern und Forscherinnen die Regel oder eher eine Seltenheit?*

**Meike Ramon (MR):** Ich persönlich habe ein breites Netzwerk aus beiden Bereichen. Kontakt zu Fachpersonen oder

Praktikern und Praktikerinnen aufzubauen, fällt mir persönlich nicht schwer. Allerdings weiss ich, dass ich eher eine Ausnahme darstelle. Die meisten meiner akademischen Kollegen und Kolleginnen arbeiten weniger angewandt und interdisziplinär. Während einige nicht daran interessiert sind, fehlt anderen der Zugang zu Praktikern und Praktikerinnen und somit zu den «echten» angewandten und relevanten Fragestellungen. Dadurch haben Behörden nur eingeschränkten Zugang zu Ressourcen und Möglichkeiten, die Universitäten

und Forschungsinstitute bieten können. Ich möchte unsere Leserschaft daher unbedingt ermutigen, mit Forschenden in Kontakt zu treten! In meiner Zusammenarbeit, zum Beispiel mit der Polizei Berlin oder der Stadt- und Kantonspolizei St.Gallen, habe ich stets den Eindruck, dass beide Seiten erheblich profitieren. Solche Projekte können auch Veränderungen anstossen, die über den spezifischen Inhalt und die Dauer des Projekts hinauswirken.

**AF:** *Als Praktikerin kann ich mir gut vorstellen, dass es anfangs vielleicht etwas Überwindung kostet, sich einem «externen» Forschungsteam zu öffnen. Der Kontakt zur Universität ist für mich persönlich aber von grossem Nutzen, um z. B. von den neuesten methodischen Entwicklungen, Daten und Erkenntnissen zu erfahren, wovon wir im Forensischen Institut Zürich wiederum profitieren können. Auch die Grundlagenforschung, die an den Universitäten betrieben wird, ist für Praktiker und Praktikerinnen extrem wichtig.*

**MR:** Ich denke, dass Praktiker und Praktikerinnen selbstbewusst an Forschende herantreten können. Gerade Unterschiede in Herangehensweisen – z. B., dass sich ihre Fallarbeit oder Methoden von denen der Forschung unterscheiden – sehe ich als Mehrwert. Im Idealfall ergänzen und verbessern sie sich, oder neue Prozesse und Lösungen können gemeinsam entwickelt werden. Der Erfahrungsschatz von Fachleuten ist aus meiner Sicht von grossem wissenschaftlichen Wert. In meinem Forschungsbereich versuchen wir, menschliche Phänomene zu verstehen und zu erklären, woraus sich wiederum Empfehlungen und Interventionen ableiten lassen. Je mehr Einblicke und Perspektiven mir dabei helfen können, umso besser.

Innovationsprojekte zu «Super-Recognizern» oder unsere aktuelle Arbeit zum Thema «Deepfakes» bringen Personen zusammen, nicht nur aus der Forschung und Polizei, sondern auch aus Medien und Politik sowie Mitglieder

## Autorinnen

### Prof. Dr. Meike Ramon

Kognitive Neurowissenschaftlerin, leitet das Applied Face Cognition Lab an der Universität Lausanne. Sie erforscht das Phänomen «Super-Recognizer» seit vielen Jahren und hat den «Berlin Test for Super-Recognizer Identification (BeSure®)» gemeinsam mit der Polizei Berlin entwickelt.



### Andrea Fröhlich

Forensische Phonetikerin, leitet das Team Sprache/Audio am Forensischen Institut Zürich. Im Rahmen ihrer Dissertation, die von Meike Ramon mitbetreut wird, erforscht sie, ob auch im Bereich der Stimmverarbeitung solche «Super-Recognizer» existieren und wie sie ggf. in der Strafverfolgung eingesetzt werden könnten.



der Bevölkerung. Dadurch fördern sie Offenheit und Transparenz und stärken Vertrauen in unsere Institutionen, was mir ein besonderes Anliegen ist.

**AF: Wie ist der erste Kontakt zwischen dir und der Polizei zustande gekommen?**

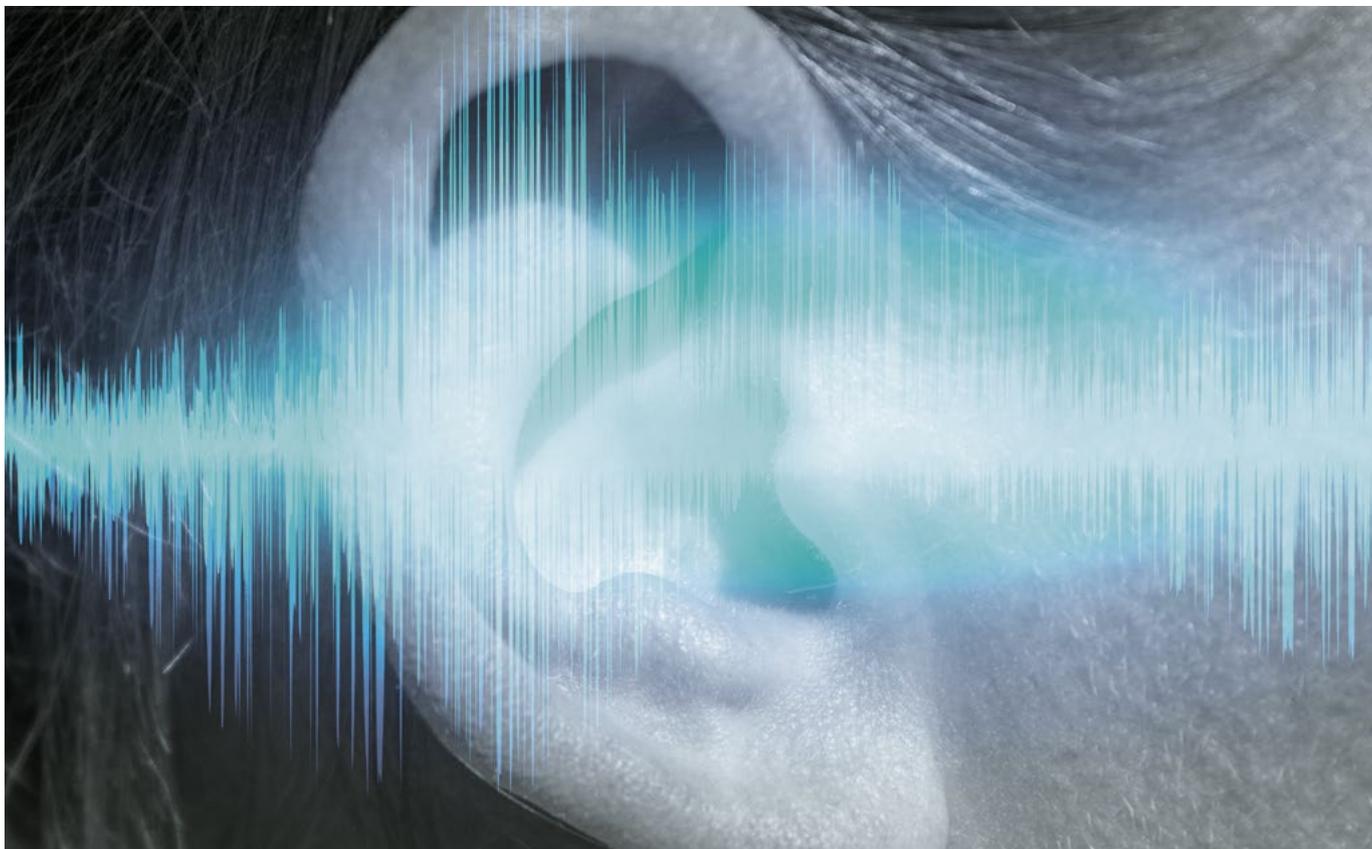
**MR:** Bei mir war es so, dass Behörden auf mich zugekommen sind. Aufgrund aktueller Geschehnisse – u.a. Raubfälle im Kanton Freiburg und das Attentat am Berliner Breitscheidplatz im Jahr 2016 – waren sie am Thema «Super-Recognizer» und an einer Zusammenarbeit mit mir interessiert. In Freiburg wollte man die Tätersuche eingrenzen und in Berlin «Super-Recognizer» innerhalb der eigenen Reihen finden. Dank der Anfrage der Freiburger Polizei konnte ich die erste Studie zum Mehrwert von «Super-Recognizern» in der Forensik durchführen<sup>1</sup>. In Berlin haben wir gemeinsam beSure<sup>®</sup> entwickelt, das speziell auf die Bedürfnisse der Polizei Berlin zugeschnitten ist.<sup>2</sup>

beSure<sup>®</sup> ist das weltweit einzige Personalauswahlverfahren, das polizeiliches Material verwendet, um «Super-Recognizer» zu identifizieren.<sup>2</sup> Es findet solche Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB), die nicht dieselben Fehler machen wie z.B. eine «Open source»-Gesichtserkennungssoftware. Es wurde wissenschaftlich validiert und publiziert<sup>2,3</sup> und kann somit das Etablieren neuer Standards ermöglichen, z.B. den Status von beSure<sup>®</sup> identifizierten Super-Recognizern vor Gericht. Je stärker Behörden selbst in Entwicklungs- und Forschungsprozesse eingebunden sind, desto grösser sind die Akzeptanz und Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung und Anpassung an neue Umstände.

**AF: Wie sieht deine Zusammenarbeit mit einer Polizeibehörde konkret aus?**

**MR:** Sehr individuell, aber grundsätzlich immer von bilateralem Wert. Die konkrete Herangehensweise richtet sich

nach den spezifischen Bedürfnissen und Anforderungen der Behörde. Aber ich versuche, durch jede Kooperation auch zugleich neue Erkenntnisse für die Wissenschaft zu generieren. Ich bin vor allem an nachhaltigen, dauerhaften Kooperationen interessiert. Mit der Polizei Berlin arbeite ich seit 2017 zusammen, und wir haben nicht ausschliesslich beSure<sup>®</sup> entwickelt und «Super-Recognizer» identifiziert. Meine Forschungsgruppe testet weiterhin PVB mit verschiedenen Methoden. Zum Beispiel messen wir ihre Hirnströme, um zu verstehen, was bei «Super-Recognizern» im Gehirn anders ist. Wir haben auch die meines Wissens weltweit erste Studie zum Thema Deepfake-Erkennung unter PVB durchgeführt. Nur durch anhaltende Zusammenarbeit auf Augenhöhe sind solche Innovationsprojekte möglich. Sie sind die Basis für neue Standards, die etabliert werden müssen, um Prozesse objektiver und transparenter zu machen.



© quattro1985/foryou13/123RF.COM

«Ob es auch im Bereich der Verarbeitung von Stimmidentitäten Menschen mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten gibt, wird im Rahmen eines interdisziplinären Forschungsprojekts untersucht.»

### Was sind «Super-Recognizer»?

Sogenannte «Gesichts-Super-Recognizer» sind Menschen mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten im Vergleichen und Wiedererkennen von Gesichtern. Der Begriff «Super-Recognizer» (SR) wurde erstmals 2009 von Richard Russel und Kollegen<sup>10</sup> verwendet. Im Rahmen ihrer Gesichtsverarbeitungsstudie beschrieben sie eine Handvoll Personen, die in verschiedenen Tests überdurchschnittliche Fähigkeiten zeigten. Werden SR sorgfältig und mit praxisnahen Tests identifiziert, erweisen sie sich als äusserst nützlich für Strafverfolgungsbehörden, etwa zur Sichtung und Verarbeitung grosser Mengen an Bild- und Videomaterial in den Fahndungsabteilungen der Polizei.<sup>11</sup>

Ob es auch im Bereich der Verarbeitung von *Stimmidentitäten* Menschen mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten gibt, wird im Rahmen eines interdisziplinären Forschungsprojekts des Applied Face Cognition Lab, des Teams Sprache/Audio des Forensischen Instituts Zürich<sup>12</sup> und Prof. Volker Dellwo von der Forschungsgruppe Phonetik & Sprachsignalverarbeitung der Universität Zürich untersucht. Analog zu «Super-Recognizern» bei Gesichtern könnten sich solche ausserordentlichen Fähigkeiten beispielsweise durch müheloses Wiedererkennen, Vergleichen oder Sortieren von kurzen Stimmproben mit eingeschränkter Qualität zeigen.

Das Bestreben, «Stimmen-Super-Recognizer» zu finden und zu erforschen, kommt aus der Fallarbeit und ist durch die aktuellen Herausforderungen im Umgang mit grossen Datenmengen motiviert. Bei gewissen Deliktarten wie beispielsweise dem Telefonbetrug, werden viele Audiodateien sichergestellt, welche hinsichtlich Stimmidentitäten forensisch genauer untersucht werden sollen. Die traditionellen Methoden der forensischen Phonetik, also der Disziplin, die sich mit der Stimme als Spuren- und entsprechendem Beweismaterial beschäftigt, sind sehr zeitaufwändig und vor allem auf den «1:1»-Stimmenvergleich ausgerichtet. Forensische Phonetiker und Phonetikerinnen arbeiten analytisch; sie vergleichen und beschreiben zahlreiche Merkmale auf den Analyseebenen Stimme, Sprache und Sprechweise. Soll jedoch in einem laufenden Ermittlungsverfahren unter Zeitdruck eine grosse Menge an Audiodateien nach (einer) Verdachtsperson(en) *durchsucht* werden, sind die(se) traditionellen auditiv-akustischen Methoden viel zu aufwändig, um sie auf alle Stimmproben anzuwenden.

In solchen Fällen kommen daher immer häufiger automatische Stimmenvergleichssysteme zum Einsatz. Diese Systeme können Tausende von Stimmen innerhalb von Minuten vergleichen

und je nach System Ähnlichkeitswerte oder «Likelihood Ratios» ausgegeben<sup>13</sup>. Bei eingeschränkter Audioqualität – wie sie in forensischem Material häufig vorkommt – liefern automatische Systeme jedoch wenig(er) zuverlässige Ergebnisse<sup>14</sup>. Daher werden die Ergebnisse von automatischen Systemen in der Regel durch Phonetikerinnen und Phonetiker überprüft.

Diese Aufgabe könnte von «Stimmen-Super-Recognizern» übernommen werden, also von Personen mit überdurchschnittlichen und stabilen Fähigkeiten in der Verarbeitung von Stimmen.

Sie könnten insbesondere in laufenden Ermittlungsverfahren die Ergebnisse automatischer Systeme effizienter als Phonetiker und Phonetikerinnen überprüfen. Nach einer intensiven Pilotphase und der Weiterentwicklung von Methoden, um geeignete Testverfahren zu entwickeln, läuft aktuell eine schweizweite Onlinestudie mit Teilnehmenden aus der Strafverfolgung, in der die Fähigkeiten zum Sortieren und Vergleichen von Stimmen abgefragt werden. Die Ergebnisse der momentan laufenden Studie können auf der Website [www.for-zh.ch/sprachforschung](http://www.for-zh.ch/sprachforschung) verfolgt werden.

Projektverantwortliche: Andrea Fröhlich  
Kontaktaufnahme:  
[sprachforschung@for-zh.ch](mailto:sprachforschung@for-zh.ch)

### **AF: Und was sind die Herausforderungen in der Zusammenarbeit?**

**MR:** Wenn Menschen aus unterschiedlichen Disziplinen zusammenarbeiten, treten immer wieder Herausforderungen auf, die es gemeinsam zu überwinden gilt. Zum Beispiel sprechen Forschende und Praktiker und Praktikerinnen oft eine ziemlich andere Sprache und nutzen andere Arbeitsweisen. Wenn man sich die Zeit nimmt und aufgeschlossen und neugierig gegen-

über Neuem ist, kann man extrem viel lernen, was wiederum die eigene Arbeit verbessert. Anhaltende Zusammenarbeit mit der Wissenschaft signalisiert von Seiten der Behörden Offenheit und den Willen zur Optimierung ihrer Methoden. Forschende haben in der Regel mehr Flexibilität und können sich ihre Arbeit(sweisen) selbst gestalten. Dieses Privileg sollten meiner Ansicht nach mehr Forschende nutzen, um den Anwendungsbezug ihrer Arbeit zu er-

höhen. Und genau das kann durch den Austausch mit Praktikern und Praktikerinnen unterstützt.

**AF: Bevor es beSure® als polizeiliches «Super-Recognizer» Auswahltool gab, hast du ein Framework zur laborbasierten «Super-Recognizer»-Auswahl erarbeitet und vorgeschlagen<sup>4</sup>. Worin besteht der Unterschied, und welches sind aktuell die grössten Irrtümer, Missverständnisse oder Falsch-**

### annahmen im Zusammenhang mit dem Phänomen «Super-Recognizer» allgemein?

MR: Der wesentliche Unterschied zwischen beSure® und Framework besteht in der Zielsetzung. Wie erwähnt, wurde beSure® speziell für die Polizei Berlin, unter Berücksichtigung ihrer speziellen Bedürfnisse, innerhalb der Behörde konzipiert und an PVBs getestet. Das Framework habe ich davor und unabhängig erarbeitet, um im Labor Super-Recognizer zu finden, und mehr Struktur in die wissenschaftliche Arbeit zu bringen. Es mag überraschen, aber es gibt in der Wissenschaft weder eine einheitliche Definition von «Super-Recognizern», noch einen Konsens, wie man sie ausfindig machen soll. Es gibt etliche Tests, und Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen können frei wählen, welche sie nutzen. Das erschwert den Vergleich zwischen Studien, die üblicherweise nur kleine Stichproben haben. Deswegen habe ich nach den schwierigsten Tests gesucht, die verschiedene Fähigkeiten messen (Abgleich, Gedächtnis). Diese Tests wurden auch z. B. für die «Super-Recognizer» Auswahl in St. Gallen<sup>5</sup> und vormals in Rheinland-Pfalz<sup>6</sup> genutzt. Sie waren auch die Grundlage für die erwähnte Studie zum Einsatz von «Super-Recognizern» in der Forensik<sup>1-7</sup>.

Irrtümer, Missverständnisse oder Annahmen gibt es viele. Etliche sind durch fehlerhafte Aussagen in Medien und sogar Fachzeitschriften begründet, die wiederum von Instanzen zitiert werden<sup>8,9</sup>.

Praktikern und Praktikerinnen muss klar kommuniziert werden, was «Super-Recognizer» (nicht) sind, ergo um welche Fähigkeiten es sich genau handelt und was man von ihnen erwarten kann. Zusätzlich wird der Begriff in den Medien oft als «Buzzword» verwendet. Plakative Aussagen, Angaben zum Vorkommen von «Super-Recognizern» in der Bevölkerung und vereinfachte «Stories» tragen dazu bei, dass das Phänomen in verschiedenen Kreisen kritischer betrachtet wird.

Ein wichtiger Schritt, den Behörden selbst bestimmen können, ist die interne Kommunikation. Behörden, die «Super-Recognizer» finden und beschäftigen möchten, können klar definieren, warum und für welche Aufgaben sie diese Personen finden möchten. Aus der Erfahrung vergangener Projekte weiss ich, dass über den Austausch zwischen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen und Praktikern und Praktikerinnen hinweg auch die Kommunikation mit anderen Stakeholdern, wie beispielsweise den Medien, Datenschutzbeauftragten, oder auch anderen

Strafverfolgungsbehörden aufgenommen werden sollte. Momentan zu klären ist z. B. der Status von «Super-Recognizern» vor Gericht.

**AF: Diese Erkenntnisse sind natürlich interessant und relevant für unsere eigene Forschung zu «Stimmen-Super-Recognizern». Insbesondere der letzte Punkt, der sich auf den Status dieser Personen in der Strafverfolgung und Organisation bezieht, bedarf von unserer Seite auch noch der Klärung. Momentan sehe ich die Beschäftigung von «Stimmen-Super-Recognizern» aber schwerwichtig in der Ermittlungsarbeit. Die grössten Herausforderungen im Umgang mit grossen Datenmengen findet bei uns ja bei der Unterstützung der Ermittlungsarbeit statt. Bei diesem Prozess auf besonders talentierte Menschen im Umgang mit Stimmen zu setzen, wäre bereits ein riesiger Mehrwert für uns. Wir sind gespannt, wo uns Pionierarbeit in diesem Bereich hinführt. Danke, Meike Ramon, für dieses spannende Interview!**

Das Projekt «Stimmen-Super-Recognizer» in der Strafverfolgung läuft voraussichtlich noch bis Ende 2025. Für eine erfolgreiche Identifikation und Beschäftigung von «Stimmen-Super-Recognizern» in der Strafverfolgung sind wir an einem offenen Austausch zu diesem Thema interessiert.

Eine Kontaktaufnahme kann via [sprachforschung@for-zh.ch](mailto:sprachforschung@for-zh.ch) erfolgen.

- Mayer, M., & Ramon, M. (2023). Improving forensic perpetrator identification with Super-Recognizers. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 120(20), e2220580120.
- Ramon, M., & Rjosk, S. (2022). *beSureR-Berlin Test for Super-Recognizer Identification: Part I: Development*. Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Ramon, M., & Vowels, M. J. (2023). Large-scale super-recognizer identification in the berlin police.
- Ramon, M. (2021). Super-Recognizers – a novel diagnostic framework, 70 cases, and guidelines for future work. *Neuropsychologia*, 158, 107809.
- <https://www.srf.ch/play/tv/10-vor-10/video/st--gallen-stadt--und-kantonspolizei-setzen-super-recognizer-ein?urn=urn:srf:video:c5280822-1638-47d9-9ca3-4d51c703a604>
- Nador, J. D., Vomland, M., Thielgen, M. M., & Ramon, M. (2022). Face recognition in police officers: Who fits the bill?. *Forensic Science International: Reports*, 5, 100267.
- <https://www.sciencejournalforkids.org/articles/how-can-super-recognizers-help-police-investigations/>
- <https://anwaltspraxis-magazin.de/fachbeitraege/strafrecht/2023/12/19/wie-super-sind-super-recognizer/>
- <https://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&sid=5ab56a7be7d5711a970ff286e640a094&Seite=2&nr=137572&pos=73&anz=77197&Blank=1.pdf>
- Russell, R., Duchaine, B., & Nakayama, K. (2009). Super-recognizers: People with extraordinary face recognition ability. *Psychonomic bulletin & review*, 16(2), S. 252–257.
- <https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2024/pressemitteilung.1451894.php>
- Ruch H., Fröhlich A., Lim S. Grosse sprachliche Vielfalt auf kleinem Raum – Chancen und Herausforderungen der forensischen Phonetik in der Schweiz, *Kriminalistik 4/2023*, S. 191–199.
- Drygajlo, A., & Haraksim, R. (2017). Biometric evidence in forensic automatic speaker recognition. *Handbook of Biometrics for Forensic Science*, S. 221–239.
- Morrison, G. S., & Enzinger, E. (2019). Multi-laboratory evaluation of forensic voice comparison systems under conditions reflecting those of a real forensic case [forensic\_eval\_01]–Conclusion. *Speech Communication*, 112, S. 37–39.

# Das ILCE – mit Leidenschaft für angewandte Forschung

Seit seiner Gründung im Jahr 2000 hat das Institut zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität ILCE sein Ausbildungsangebot immer weiter ausgebaut. Ursprünglich gegründet, um spezialisierte Nachdiplomstudiengänge zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität anzubieten, richtet es seine Forschungsaktivitäten heute auf so unterschiedliche Bereiche wie «Finanziellen Missbrauch im Alter», «Romance Scam», «Artenschutz» und «Betrug im Weinsektor».

Das Institut zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, französisch: l'Institut de lutte contre la criminalité économique ILCE, das im Jahr 2000 von der Haute école de gestion Arc (HEG Arc) in Zusammenarbeit mit der Universität Neuenburg, dem Schweizerischen Polizei-Institut und dem Kanton Neuenburg gegründet wurde, geht auf eine Anfrage der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) zurück. Ziel dieser Initiative war es, spezialisierte Nachdiplomstudiengänge zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität anzubieten.

Das ILCE hat sein Ausbildungsangebot seit seiner Gründung ausgebaut. Vom Master of Advanced Studies (MAS) in der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, der 2001 ins Leben ge-

rufen wurde, bis hin zum Certificate of Advanced Studies (CAS) Cybercrime, das seit 2021 jährlich durchgeführt wird, wurde die Palette der zertifizierenden Weiterbildungen kontinuierlich erweitert, um den besonderen Bedürfnissen in sich ständig verändernden Sektoren gerecht zu werden.

Parallel dazu hat das ILCE Forschungsaktivitäten entwickelt, die ab 2017 deutlich Fahrt aufgenommen haben. Mit seinem multidisziplinären Team und einer für Schweizer Hochschulen typischen «angewandten» Ausrichtung hat

**Mit seinem multidisziplinären Team und einer für Schweizer Hochschulen typischen «angewandten» Ausrichtung hat sich das Institut einen Platz im hochkompetitiven Forschungsbereich der Schweiz gesichert.**

sich das Institut einen Platz im hochkompetitiven Forschungsbereich der Schweiz gesichert. Etliche Vorzeigeprojekte haben es dem Forschungsteam nicht nur ermöglicht, seine Kompetenzen auszubauen und sich als Referenz in spezifischen Bereichen zu positionieren, sondern parallel dazu auch ein weitreichendes Netzwerk mit nationalen

und internationalen Praxispartnern zu knüpfen. In diesem Artikel werden einige dieser Projekte vorgestellt.

## Finanzieller Missbrauch im Alter

In den Jahren 2017 und 2018 führte das ILCE in Partnerschaft mit Pro Senectute die erste nationale Umfrage zum Thema finanzieller Missbrauch im Alter durch. Dazu wurden zunächst Interviews mit Fachleuten aus der ganzen Schweiz geführt, die mit dieser Problematik konfrontiert sind, um die häufigsten Arten



von finanziellem Missbrauch zu identifizieren. Danach wurde ein Fragebogen an eine repräsentative Stichprobe von Personen über 55 Jahren in den drei grössten Sprachregionen des Landes verteilt. Die Ergebnisse, die im Oktober 2018 veröffentlicht wurden<sup>1</sup>, haben das Ausmass dieser Problematik deutlich gemacht: Fast jede fünfte befragte Person gab an, bereits einmal Opfer der einen oder anderen Form von finanziellem Missbrauch geworden zu sein. Dabei wurden diese Formen des Missbrauchs in fünf Kategorien zusammengefasst: unseriöse Geschäftspraktiken, betrügerische Praktiken, Diebstähle, Cyberkriminalität und finanzielle Übergriffe im privaten Kontext<sup>2</sup>.

Seit der Veröffentlichung dieser ersten Ergebnisse hat sich das ILCE in

### Autor

#### Olivier Beaudet-Labrecque

Ordentlicher Professor FH und Dekan am Institut zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (ILCE) der Haute école de gestion Arc (HEG Arc)





Tagung in Abidjan, die im November 2022 von der UFR für Kriminologie und dem ILCE organisiert wurde.

mehreren Initiativen dafür eingesetzt, sowohl das Bewusstsein von Seniorinnen und Senioren für finanziellen Missbrauch als auch den Umgang mit Geschädigten zu verbessern.

2023 wurde die nationale Studie<sup>3</sup> erneut durchgeführt, um zu untersuchen, wie sich das Problem im Laufe der Zeit verändert hat. Dabei zeigten sich deutliche Veränderungen, die direkt mit der zunehmenden Digitalisierung der älteren Generation und den unliebsamen Folgen der Pandemie zusammenhängen. Einige Formen des finanziellen Missbrauchs wurden in den virtuellen Raum verlagert und betreffen mehr Menschen, während andere Varianten, die früher im realen Raum oder über traditionelle Kanäle praktiziert wurden, zurückgegangen oder gar verschwunden sind.

### Betrügereien mit Ursprung in Westafrika

Das ILCE beschäftigt sich seit 2020 eingehend mit Online-Betrug, genauer ge-

sagt mit Romance Scams. Unterstützt durch die Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) und die Interpol-Stiftung sowie in Partnerschaft mit der *Ecole de criminologie* der Universität Montreal konnte das Forschungsteam eine

**Das Forschungsteam konnte eine partizipative Beobachtungsstudie über Romance Scams im virtuellen Raum durchführen und dabei mittels falscher Profile mit Betrügern in Kontakt treten.**

partizipative Beobachtungsstudie über Romance Scams im virtuellen Raum durchführen und dabei mittels falscher Profile mit Betrügern in Kontakt treten. Dies machte es möglich, das Vorgehen der Betrüger in der Schweiz, in Frankreich und in Kanada sowie ihre Strategien zur Einziehung des ertrogenen Geldes besser zu verstehen. Die Ergebnisse dieser Studie sind in mehrere wissenschaftliche Publikationen<sup>4</sup> ein-

geflossen, wurden aber auch zur Erarbeitung gezielter Aufklärungsinhalte genutzt und in Präsentationen der breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Im Rahmen der Studie hatte sich gezeigt, dass die kontaktierten Betrüger häufig Verbindungen zur Elfenbeinküste in Westafrika hatten. Deshalb flog das Forschungsteam im Herbst 2022 mit finanzieller Unterstützung des *Leading House Africa* des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und in Partnerschaft mit der Ausbildungs- und Forschungseinheit (UFR) für Kriminologie der Universität Félix-Houphouët-Boigny in Abidjan an die Elfenbeinküste, wo es eine zweimonatige Feldstudie über ivorische Cyber-Kriminelle durchführte. Dabei wurden zahlreiche Interviews durchgeführt: mit lokalen Behörden und Fachpersonen aus diesem Bereich, aber auch mit mehreren Betrügern, die in den Arbeitervierteln oder auch im Gefängnis angetroffen wurden. Die Studie ermöglichte ein vertieftes Verständnis

der Herausforderungen bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität in der Elfenbeinküste und vermittelte einen wichtigen Einblick in die Organisation der ivoirischen Cyber-Kriminellen, ihre Techniken und ihre operativen Mittel. Die Ergebnisse wurden an internationalen Konferenzen vorgestellt, so auch an einer Tagung, die im November 2022 von der UFR für Kriminologie und dem ILCE in Abidjan organisiert wurde, und waren Gegenstand wissenschaftlicher Publikationen.<sup>5</sup> Ebenso haben sie einen Beitrag zur Einrichtung einer operativen EMPACT-Massnahme von Europol zur Bekämpfung von Online-Betrug in Westafrika geleistet, an der das ILCE heute als akademischer Partner beteiligt ist.

Aufgrund des Erfolgs dieser ersten Reise lancierte das Forschungsteam ein weiteres Forschungsprojekt zur westafrikanischen Cyberkriminalität, diesmal mit Fokus auf die Prozesse zum Waschen von Geld, das durch Cyberkriminalität generiert wird. Im Laufe einer zweimonatigen Reise im Frühling 2024 sprach das Team wiederum mit zahlreichen Schlüsselakteuren der Geldwäschebekämpfung in der Elfenbeinküste und in Westafrika im Allgemeinen sowie mit lokalen Cyber-Kriminellen. Abgeschlossen wurde die Reise mit einer Konferenz, die vom ILCE, von Francopol und von der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) im Rahmen des Cyber Africa Forums in Abidjan veranstaltet wurde und an der Vertreterinnen und Vertreter der Behörden der Elfenbeinküste, Frankreichs, Senegals, Guineas und der Schweiz Referate hielten. Zum Erfolg

des noch laufenden Projekts tragen auch sieben Forschungsstudierende der UFR für Kriminologie in Abidjan bei, die speziell dafür eingestellt wurden.

### Online-Verkauf von geschützten Arten

Unter den vielfältigen Themen, die für das ILCE von Interesse sind, kommt der Umweltkriminalität eine besondere Bedeutung zu. Das Forschungsteam beschäftigt sich denn auch seit 2022 mit dem Online-Verkauf von geschützten Arten.<sup>6</sup> Mit Unterstützung der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) konnten die Forschenden des ILCE verschiedene Online-Verkaufsplattformen nach Kleinanzeigen durchsuchen, in denen geschützte Arten angeboten

**Mit Unterstützung der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) konnten die Forschenden des ILCE verschiedene Online-Verkaufsplattformen nach Kleinanzeigen durchsuchen, in denen geschützte Arten angeboten werden.**

werden. Sie fanden mehrere solche Anzeigen, wobei diese nicht zwingend illegal sind. Allerdings entsprach keine den Anforderungen des Schweizer Rechtsrahmens, und der Verkauf einiger der angebotenen Arten ist schlichtweg verboten.

Angesichts der Bedeutung dieser Ergebnisse wurde mit Unterstützung des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) ein zweites, ehrgeiziges Projekt entwickelt,

das momentan durchgeführt wird. Das Ziel: die Regeltreue von in der Schweiz zugänglichen Verkaufsplattformen sowie von Anzeigen, in denen geschützte Arten angeboten werden, zu untersuchen, um wiederholte Verstösse zu erkennen und bewährte Praktiken zur Verbesserung der Compliance vorzuschlagen.

### Betrug im Weinsektor

Mit Unterstützung der HES-SO und in Partnerschaft mit der Ecole de Changins startet das ILCE demnächst ein neues Forschungsprojekt zum Thema Betrug im Weinsektor in der Schweiz. Die Weinherstellung und der Weinhandel sind durch einen ganz präzisen Regulierungsrahmen und ein relativ komplexes Kontrollsystem geschützt. Das Forschungsteam des ILCE wird im Rahmen eines bis 2026 laufenden Projekts die wichtigsten Akteure dieses Themas in der Schweiz und im Ausland aufsuchen, um betrügerische Praktiken in der Schweiz besser erkennen und konkrete Lösungsansätze vorschlagen zu können.

### Wissensaustausch und neue Kooperationen

Das Forsuchen nach neuen Erkenntnissen und die Weitergabe dieses Wissens liegen dem ILCE-Team sehr am Herzen. Das Institut ist deshalb regelmässig auf der Suche nach neuen Herausforderungen, Themen und Studiengebieten. Akteure, die mehr über abgeschlossene oder laufende Projekte erfahren oder eine mögliche Zusammenarbeit besprechen möchten, sind deshalb eingeladen, direkt mit dem ILCE Kontakt aufzunehmen.

1 Beaudet-Labrecque, O., Brunoni, L., Augsburg-Bucheli, I. 2018. *Finanzieller Missbrauch: Nationale Studie zur Untersuchung der Betrugsarten in der Altersgruppe 55+*. Zürich: Pro Senectute Schweiz.

2 Finanzieller Missbrauch, der im Rahmen eines Vertrauensverhältnisses insbesondere von einem Familienmitglied, einer nahestehenden Person oder einer Fachkraft begangen wird.

3 Cretu-Adatte, C., Bunning, H., Beaudet-Labrecque, O. 2023. *Finanzieller Missbrauch bei Personen ab 55 Jahren in der Schweiz*. Zürich: Pro Senectute Schweiz.

4 Insbesondere Zbinden, R., Beaudet-Labrecque, O., Grandjean, F., Gobeil, C., Brunoni, L., Décary-Héty, D., Cretu-Adatte, C. 2023. *Scambaiting as a Preventive Tool in the Fight against Cyberfrauds: the Case of Romance Scams*. The Journal on Cyber-crime & Digital Investigations. 8(1), S. 9–18.

5 Insbesondere Cretu-Adatte, C., Azi, J. W., Beaudet-Labrecque, O., Bunning, H., Brunoni, L., Zbinden, R. 2024. *Unravelling the organisation of ivoirien cyberfraudsters: Criminal networks or organised crime?* Journal of Economic Criminology. Vol. 3.

6 Cretu-Adatte, C. Lörtscher, M., Zbinden, R., Brunoni, L., Beaudet-Labrecque, O. 2022. *Le commerce d'espèces protégées en ligne: aspects juridiques et empiriques*. Format Magazine. 12, S. 58–63.

# Die kriminologische Forschung am Kompetenzzentrum für Strafrecht und Kriminologie der Universität St. Gallen

Das Kompetenzzentrum für Strafrecht und Kriminologie (SK-HSG) wurde im Jahre 2019 gegründet und bezweckt die Förderung der kriminologischen und strafrechtlichen Forschung sowie den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Co-Direktorin Nora Markwalder, Professorin für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie, gibt in ihrem Beitrag einen Überblick über die Arbeitsschwerpunkte.

Neben der Forschungstätigkeit im Strafrecht konnten im SK-HSG im Bereich der Kriminologie verschiedene Forschungsschwerpunkte entwickelt werden, von denen hier einige ausgewählte präsentiert werden sollen:

## Opferbefragungen und Kriminalitätstrends

Wie entwickelt sich die Kriminalität in der Schweiz, und wie sicher fühlt sich die Schweizer Bevölkerung? Um diese grundlegenden Fragen zu beantworten, führt das SK-HSG in Zusammenarbeit

mit der ZHAW sog. Opferbefragungen durch (auch Crime Surveys oder Sicherheitsbefragungen genannt). Mittels eines Fragebogens werden zufällig ausgewählte Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz zu ihren Erfahrungen bezüglich verschiedener Kriminalitätsformen sowie zu ihrem Sicherheitsbefinden und ihrer Einstellung zur Polizei befragt. Dies erlaubt – im Gegensatz zu den offiziellen Kriminalstatistiken – auch die Erfassung der sog. Dunkelziffer der Kriminalität, sprich aller nicht zur Anzeige gebrachter Delikte. Zudem können wir dank diesen Befragungsdaten die Kriminalitätsentwicklung in den letzten Jahrzehnten sowie Veränderungen im Aufkommen der Kriminalität nachvollziehen und neue Formen der Delinquenz untersuchen, die nicht in den offiziellen Kriminalstatistiken ersichtlich sind. Die letzte Opferbefragung wurde 2022 mit mehr als 15000 Personen durchgeführt und beinhaltet einen Schwerpunkt im Bereich der Hassverbrechen sowie der digitalen Kriminalität. Der Hauptbericht sowie die Ver-

tiefungsberichte zu Hate Crime und zur digitalen Kriminalität können unter folgendem Link eingesehen werden:



[https://www.unisg.ch/de/ universitaet/schools/law/ forschung/sk-hsg/resultate- des-swiss-crime-survey-2022/](https://www.unisg.ch/de/universitaet/schools/law/forschung/sk-hsg/resultate-des-swiss-crime-survey-2022/)

## Tötungsdelikte und häusliche Gewalt

Forschung zu tödlicher Gewalt ist seit längerer Zeit ein Schwerpunktthema des SK-HSG. Grundlage für unsere Forschung in diesem Bereich ist der Swiss Homicide Monitor. Es handelt sich hierbei um eine Datenbank, die basierend auf den Akten der Rechtsmedizin, Polizei, Staatsanwaltschaft und der Gerichte verschiedenste Informationen zu sämtlichen Tötungsdelikten der Schweiz von 1990 bis 2022 enthält. Da wir für jedes Tötungsdelikt detaillierte Angaben zur Täterschaft, zu den Opfern und den Tatumständen aus den Akten erheben, lassen sich aus dieser Datenquelle wichtige Informationen zur Natur dieser Delikte in der Schweiz herleiten, die danach für die Prävention wertvoll sein können. Dies betrifft insbesondere auch den Bereich der (tödlichen) häuslichen Gewalt, denn Partnertötungen machen mittlerweile den grössten Anteil der Tötungsdelikte in der Schweiz aus. Für eine detaillierte Analyse der Tötungsdelikte innerhalb der Partnerschaft sei auf unseren Bericht zu Händen des Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) verwiesen:



[https://backend.ebg.admin.ch/ fileservice/sdweb-docs-prod- ebgch-files/files/2023/ 08/28/0e037e71-03ea-4aa6- bb46-dd650a47b38c.pdf](https://backend.ebg.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-ebgch-files/files/2023/08/28/0e037e71-03ea-4aa6-bb46-dd650a47b38c.pdf)

Wer sich einen allgemeinen Überblick über die Tötungsdelikte in der Schweiz verschaffen möchte, kann das frei zugängliche Buch zu den Tötungsdelikten in der Schweiz konsultieren:



[https://suigeneris-verlag.ch/ img/uploads/pdf/oa\\_pdf-029- 1663328690.pdf](https://suigeneris-verlag.ch/img/uploads/pdf/oa_pdf-029-1663328690.pdf)

### Autorin

#### Prof. Dr. Nora Markwalder

Professorin für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Universität St. Gallen (HSG) und Co-Direktorin des Kompetenzzentrums für Strafrecht und Kriminologie (SK-HSG), das ausserdem von Prof. Lukas Gschwend und Prof. Monika Simmler co-geleitet wird.





Eine Auswahl der im Text genannten Publikationen

Neben den Analysen zur Schweiz kooperieren wir im Rahmen des European Homicide Monitor Projekts auch mit internationalen Forscherinnen und Forschern und können so aufschlussreiche länderübergreifende Analysen zu den Tötungsdelikten erarbeiten. In unseren letzten beiden internationalen Publikationen wurden z. B. Tötungsdelikte an Frauen analysiert



<https://link.springer.com/article/10.1007/s43576-024-00127-3>

oder Schusswaffentötungen in verschiedenen europäischen Ländern verglichen.



<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/17440572.2023.2211513>

## Digitale Kriminalität und Digitalisierung der Strafverfolgung (Smart Criminal Justice)

Die Digitalisierung beeinflusst nicht nur unseren privaten und beruflichen Alltag, sondern natürlich auch die Kriminalität und ihre Erscheinungsformen. Deshalb widmen wir uns am SK-HSG verschiedenen Themenbereichen zum Einfluss der Digitalisierung auf die Kriminalität, das Strafrecht und die

Strafverfolgung. So gehen wir beispielsweise der Frage nach, wie sich die Kriminalität im digitalen Zeitalter entwickelt hat und ob es eine Verschiebung von Delikten von der «realen» Welt in den Cyberspace gegeben haben könnte:



<https://www.alexandria.unisg.ch/server/api/core/bitstreams/058d5075-6102-457c-b8ea-6d396134f021/content>

Daneben interessiert uns aber auch, inwiefern neue digitale Hilfsmittel resp. künstliche Intelligenz die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft verändern können und ob solche Instrumente bereits Anwendung in der Schweiz finden. Eine Übersicht über die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten von «intelligenten» Programmen im Rahmen der Strafverfolgung kann über den folgenden Link konsultiert werden:



<https://www.alexandria.unisg.ch/server/api/core/bitstreams/c9fbd659-d61f-4e76-b27e-b8cd21f29bb4/content>

## Polizeiforschung und kantonales Bedrohungsmanagement

Delikte zu verhindern, bevor sie passieren, ist nicht nur ein Traum aus Science-Fiction Filmen wie «Minority

Report», sondern auch ein Ziel der Polizeiarbeit. Durch die Schaffung spezialisierter Polizeistellen, dem sog. Bedrohungsmanagement, sollen Personen, bei denen vermutet wird, dass sie zukünftig Straftaten begehen könnten (sog. Gefährderinnen resp. Gefährder), gezielt angesprochen und Situationen entschärft werden. Allerdings ist über diese neuartige Polizeiarbeit noch wenig bekannt, weshalb wir im Rahmen einer Studie in verschiedenen Kantonen die Fälle des Bedrohungsmanagements einmal genauer analysiert haben. Basierend auf diesen Akten haben sich interessante Erkenntnisse zur Natur der Fälle und auch zu den Personen, die vom Bedrohungsmanagement erfasst werden, ergeben. So etwa konnte festgestellt werden, dass das Bedrohungsmanagement am häufigsten im Rahmen von häuslichen Konflikten interveniert, gefolgt von Situationen, in denen Personen Drohungen gegen Behörden oder Privatpersonen ausgesprochen haben. Der gesamte Bericht zur Typologie der Gefährderinnen und Gefährder im kantonalen Bedrohungsmanagement kann hier abgerufen werden:



<https://www.alexandria.unisg.ch/server/api/core/bitstreams/088a8fc4-d2f9-422d-a5b5-06ec7eb3881a/content>

# Das Institut für Kriminalwissenschaften (ESC) – ein Bindeglied zwischen wissenschaftlicher Forschung und Praxis

In den 115 Jahren seines Bestehens hat sich das Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Lausanne (École des sciences criminelles, ESC) zur Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus den Veränderungen der Gesellschaft und damit auch der Kriminalität ergeben, stetig weiterentwickelt und neu erfunden. Der folgende Artikel beleuchtet einige der neusten Forschungsarbeiten am ESC, die deutlich machen, was sich aus verschiedenen Arten von Spuren herauslesen lässt und welche praktischen Auswirkungen diese Erkenntnisse haben.

Jahr 1912<sup>2</sup> –, trugen zum Aufschwung der forensischen Wissenschaften in praktischen Kreisen bei.

In den 115 Jahren seines Bestehens hat sich das ESC zur Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus den Veränderungen der Gesellschaft und damit auch der Kriminalität ergeben, stetig weiterentwickelt und neu erfunden. Ein Aspekt ist aber unverändert geblieben: sein Engagement für eine vielfältige, in der Realität vor Ort verankerte Erforschung von Spuren, um kriminelle Phänomene besser verstehen, bekämpfen und verhindern zu können. So hat beispielsweise der digitale Wandel die Rückverfolgbarkeit menschlicher Aktivitäten zutiefst beeinflusst und alle Fachbereiche im Zusammenhang mit Kriminalität und Sicherheit komplett verändert. Das Ziel der von Olivier Ribaux durchgeführten Forschungen zur forensischen «Traceology» liegt darin, die zentrale Rolle der Spuren in den verschiedenen Dimensionen der Kriminalwissenschaften deutlich zu machen: sei es als Beweise, als Informationen oder als Daten, die zum Verständnis und zur Erklärung krimineller Mechanismen beitragen. Seit über einem Jahrhundert unterstützt das ESC Fachpersonen aus dem Polizei-, Sicherheits- und Justizbereich.

## Autor/innen

### Giulia Cinaglia

Studienberaterin,  
Universität Lausanne



### Pierre Esseiva

Ordentlicher  
Professor,  
Institut für Kriminalwissenschaften,  
Universität Lausanne



### Geneviève Massonnet

Assoziierte  
Professorin,  
Institut für Kriminalwissenschaften,  
Universität Lausanne



Das Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Lausanne (École des sciences criminelles, ESC) zeichnet sich seit seiner Gründung durch seinen transdisziplinären Ansatz und seine enge Verbindung zur Praxis aus – Eigenschaften, die tief im Erbe ihres Gründers, Professor Rodolphe Archibald Reiss, verankert sind. Reiss, der eigentlich von Haus aus Chemiker war, wandte sich der forensischen Fotografie zu und perfektionierte und revolutionierte die bestehenden polizeilichen Praktiken. Seine Bemühungen zur Definition der späteren forensischen Wissenschaften führten 1909 an der Universität Lausanne zur Gründung des *Institut de police scientifique* und zur akademischen Anerkennung dieses Studienfachs.<sup>1</sup> Die zahlreichen Gerichtsgutachten, die in der damaligen Zeit erstellt wurden – darunter jenes zum Mordfall Seewer im

## NIRLab: ein dezentralisierter Forschungsansatz<sup>3</sup>

In den vergangenen zehn Jahren wurden grosse Fortschritte bei der Entwicklung eines dezentralisierten Analyseansatzes erzielt, der das Labor näher an die polizeiliche Arbeit vor Ort heranbringt. Das Projekt NIRLab<sup>4</sup> wurde in diesem Sinne konzipiert: Entwickelt wurde ein tragbarer Detektor, der mit einer auf künstlicher Intelligenz basierenden Anwendung verbunden ist und es ermöglicht, eine Substanz beinahe in Echtzeit zu analysieren (siehe Abb. 1).<sup>5</sup>

Dieses Instrument hatte einen bedeutenden Einfluss auf die operative Ebene und die Rückmeldungen von Praktikerinnen und Praktikern sind

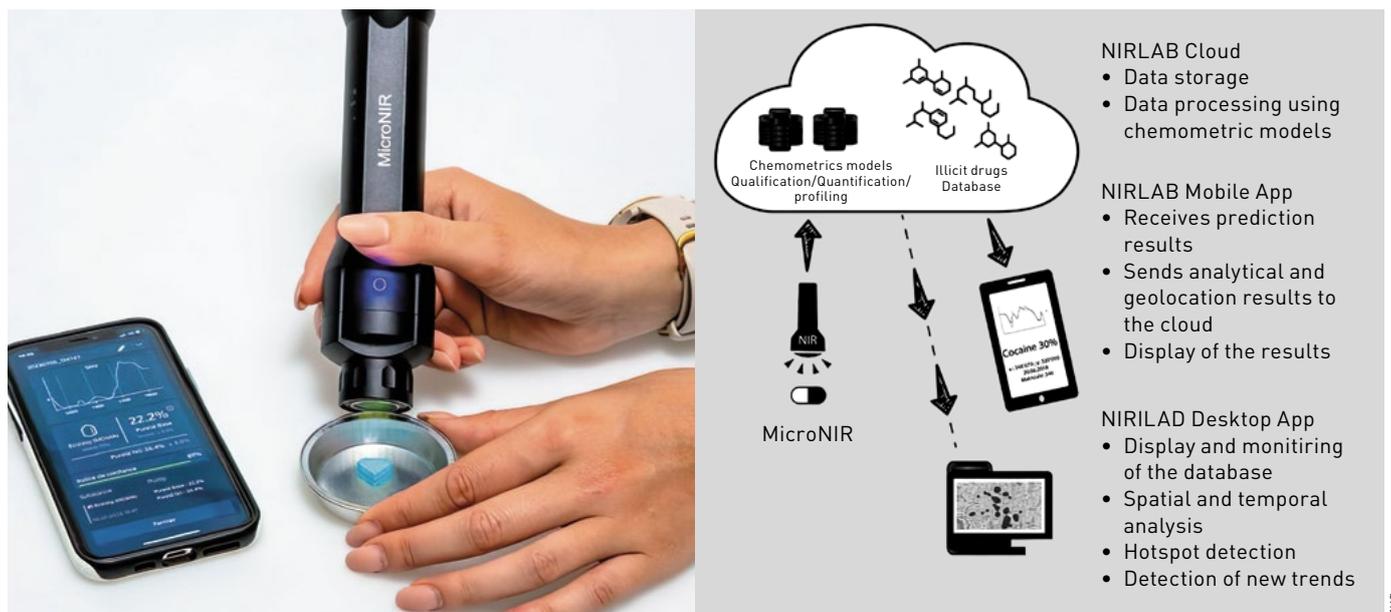


Abbildung 1: Schematische Darstellung der Funktionsweise des NIRLab

sehr positiv. Bisher haben die Polizeikräfte von 23 Schweizer Kantonen das NIRLab übernommen.

Dieser Ansatz hat den Weg frei gemacht für neue Stossrichtungen – sowohl für das ESC auf der Ebene der Lehre und Forschung (z. B. über Sprengstoffe oder Medikamentenfälschung) als auch für andere umfassende Projekte. Zu letzteren zählen die Einführung eines *Drug Checking*-Dienstes<sup>6</sup> im Kanton Waadt und eine vom BAG in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zur Einrichtung eines nationalen Substanzmonitorings.<sup>7</sup>

Die Tatsache, dass geolokalisierte Ergebnisse in Echtzeit geliefert werden können, beschleunigt nicht nur die Prozesse, sondern ermöglicht auch ein Umdenken in Bezug auf die Nutzung von Datenbanken und eröffnet damit neue Perspektiven.

## Entschlüsselung und Überwachung illegaler Märkte: ein umfassender Ansatz für gezielte Interventionen<sup>8</sup>

Welche Drogen sind vorhanden und wie gelangen sie auf den Betäubungsmittelmarkt? Wie gross ist dieser Markt? Und welche Gewinne werden erzielt? Diese Fragen standen im Fokus des

Projekts MARSTUP und seiner Fortsetzung MONITOR-STUP: zwei interdisziplinäre Forschungsarbeiten, die in enger Zusammenarbeit mit Sucht Schweiz und Unisanté des CHUV durchgeführt wurden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Entwicklung der illegalen Märkte anhand der Analyse mehrerer Indikatoren verfolgt werden kann, die Aussagen über vier zentrale Aspekte ermöglichen: verkaufte und konsumierte Produkte, Konsummengen, Finanzströme und Struktur der kriminellen Organisationen.

Durch eine systematische Substanzanalyse (insbesondere mittels der NIRLab-Technologie), Abwasseranalysen, Online-Marktforschung, Befragungen von Marktakteuren (Konsumierende und Polizistinnen und Polizisten) sowie *Drug Checking*<sup>9</sup> können beinahe in Echtzeit neue Informationen gesammelt werden, die einen umfassenden Überblick über die Problematik liefern (siehe Abb. 2).

Diese Analysen tragen dazu bei, den Betäubungsmittelmarkt aus einer Perspektive zu verstehen, die Gesundheit und öffentliche Sicherheit miteinander verbindet. Sie geben Fachpersonen Instrumente in die Hand, mit denen sie ihr Arbeitsumfeld besser einschätzen,

drogenbedingte Probleme im Bereich der öffentlichen Gesundheit frühzeitig erkennen und polizeiliche Strategien unterstützen können, was letztlich eine Stärkung der öffentlichen Politik ermöglicht.

## Textilfasern in den Atemwegen – eine Spur, die bei Erstickungsfällen verfolgt werden muss?<sup>10</sup>

Todesfälle durch Erstickten lassen sich oft nur schwer diagnostizieren. In jüngster Zeit beschäftigten sich Forschungsarbeiten, die am ESC in Zusammenarbeit mit forensischen und rechtsmedizinischen Labors durchgeführt wurden, mit der Bedeutung von Textilfasern, die im Gesicht<sup>11</sup> und in den Atemwegen von Opfern gefunden wurden.<sup>12,13</sup> Im Jahr 2016 diente eine in den Bronchien eines Opfers gefundene Feder als Beweis für eine Erstickung, die durch «einen weichen Gegenstand, der Federn enthält», herbeigeführt wurde.<sup>14</sup>

Ziel der Studie war es, Daten über die natürlich vorkommenden Textilfasern in Nase, Mund und Luftröhre (d. h. das sogenannte «Hintergrundrauschen») zu sammeln und zu untersuchen, wie Fasern beim Atmen durch verschiedene Textilien transferiert werden.

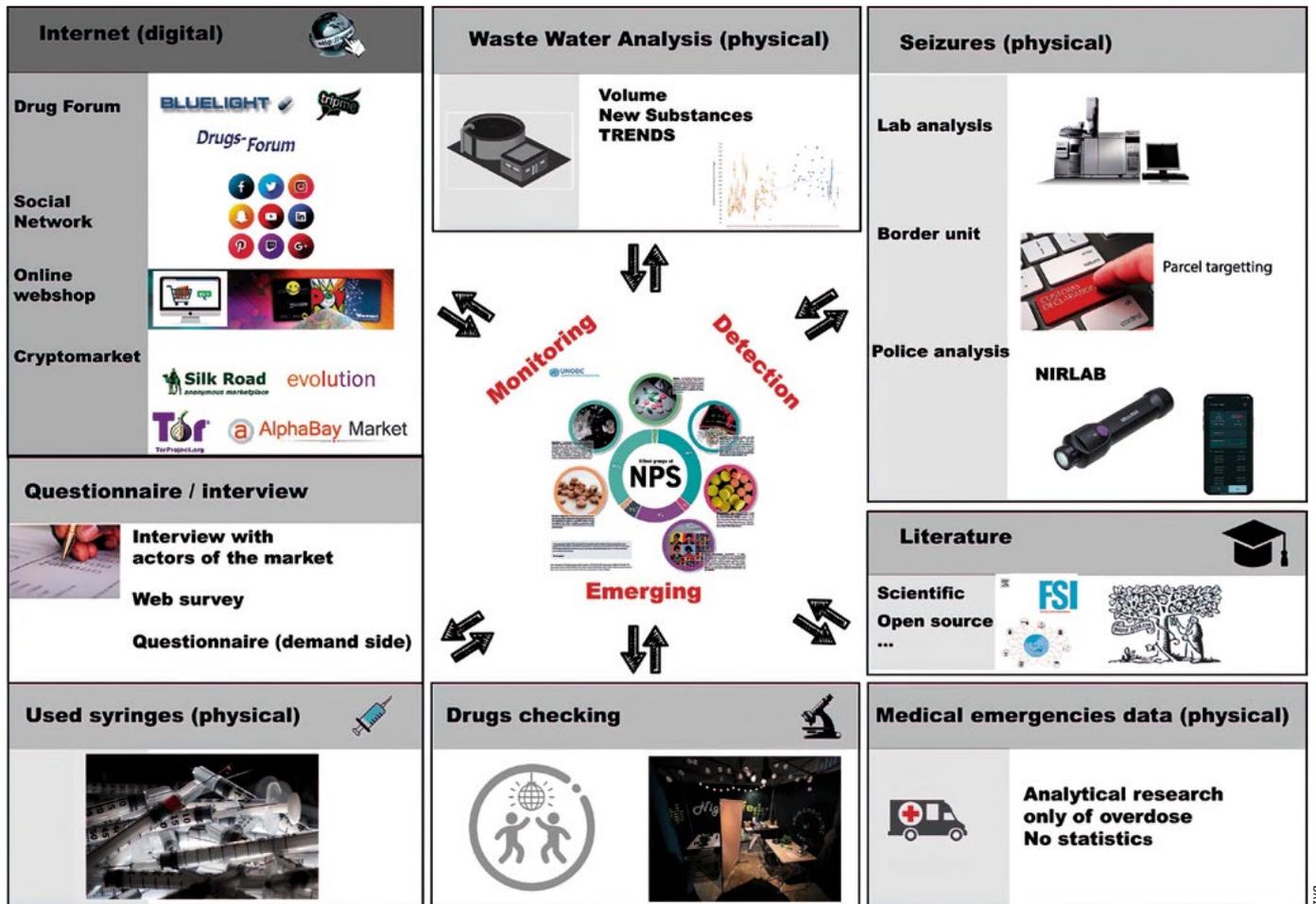


Abbildung 2: Prozess der Überwachung illegaler Märkte

Zunächst wurden die im «Hintergrundrauschen» vorhandenen Fasern gesammelt und analysiert, um ihre Menge und Art zu bestimmen. Zur Untersuchung ihrer Übertragung wurden Experimente durchgeführt, bei denen Freiwillige sowohl in Ruhe als auch bei körperlicher Belastung durch verschiedene Textilien atmen mussten, um eine Erstickung zu simulieren.

Aus den Ergebnissen geht hervor, dass ein gewisser Anteil an Fasern natürlicherweise in den Atemwegen vorhanden ist: Durchschnittlich wurden bei den Freiwilligen rund 4 Fasern in der Nase und 6 Fasern im Mund gefunden. Bei Leichen wurden etwa 5 Fasern in der Nasenhöhle festgestellt und lediglich bei einer von 11 untersuchten Leichen fand man eine Faser in der Luftröhre. Die häufigsten Fasertypen sind blaue und schwarze Baumwolle

und nur eine sehr kleine Anzahl von Fasern – maximal 3 – lassen sich nach einer klassischen Analysesequenz nicht unterscheiden. Die Experimente haben gezeigt, dass die Zahl der Fasern, die bei der Atmung durch ein Textil trans-

**Alle Arbeiten des ESC sind stark in der Praxis verankert und zielen nicht nur auf ein besseres Verständnis der ermittelten Probleme ab, sondern auch auf die Bereitstellung konkreter Instrumente, die den Fachpersonen bei deren Bewältigung helfen sollen.**

feriert werden, unter Belastung signifikant höher ist als die Zahl der natürlich vorkommenden Fasern (siehe Abb. 3). Die Ergebnisse bestätigen, dass Textilfasern in Nase, Nasenhöhle und Mund

zwar natürlicherweise vorkommen, in der Luftröhre aber selten sind. Werden bei einer Autopsie also Fasern in dieser Zone gefunden, so kann dies als hochrelevant zur Bestimmung der Todesursache betrachtet werden.

Diese Arbeiten liefern eine ganze Reihe von Daten, die in diesem Bereich bis anhin fehlten. Sie unterstreichen, wie wichtig es ist, bei Erstickungsfällen mit Textilien nach potenziell vorhandenen Textilfasern in den Atemwegen zu suchen.

**Schlussfolgerung**

Die in diesem Artikel vorgestellten Forschungsarbeiten vermitteln einen Einblick in einen sehr kleinen Teil der vielfältigen Studien am ESC. Innovative Forschungsarbeiten werden insbesondere von Céline Weyermanns Team im Umweltbereich durchgeführt. Ihre Studien dienen dazu, die Phänomene

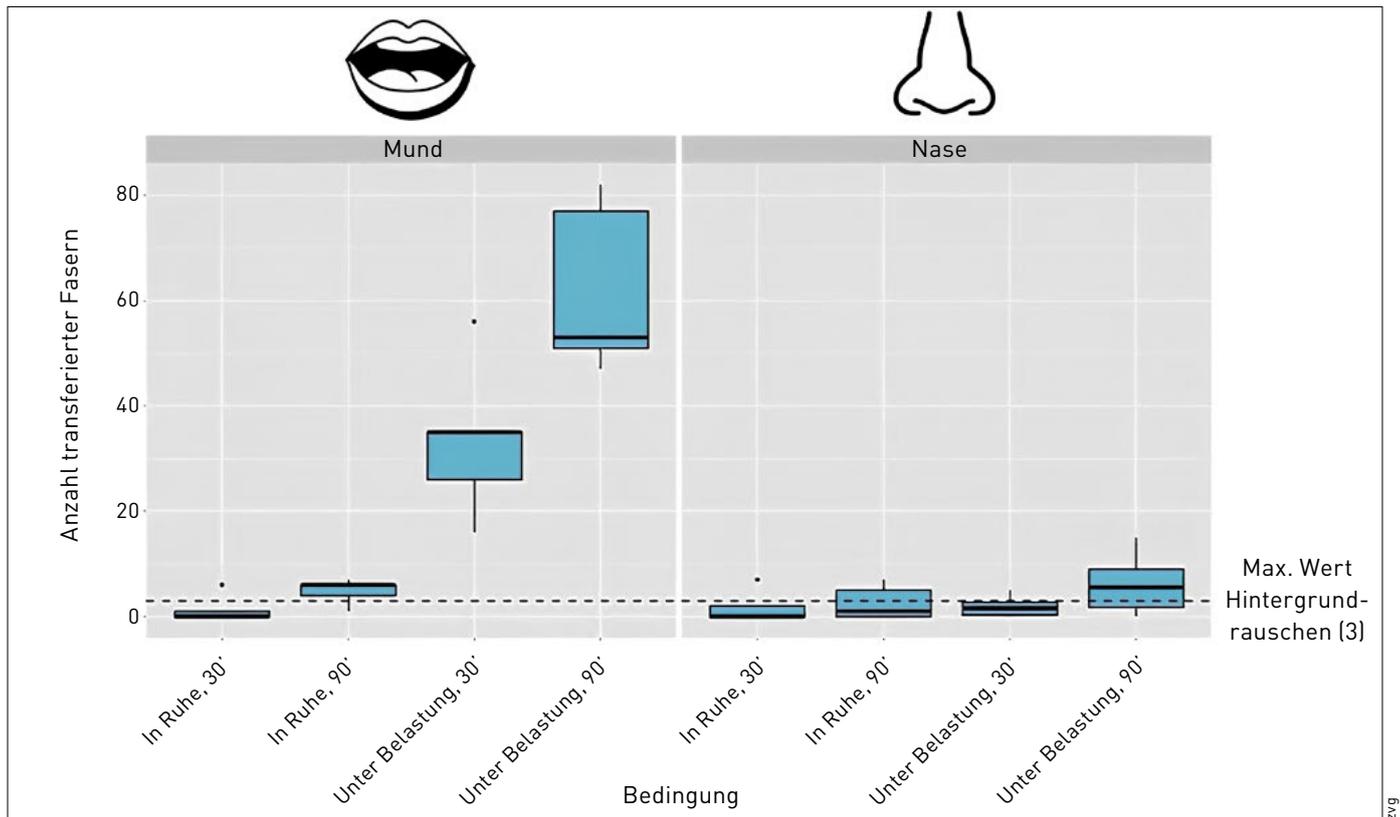


Abbildung 3: Freiwilligen-Experiment: Anzahl der in Mund und Nase transferierten Fasern beim Atmen durch ein Textil mit hoher Transferkapazität, 30 und 90 Sekunden in Ruhe und unter Belastung.

der Umweltverschmutzung besser zu verstehen und so zu ihrer Erforschung beizutragen. Alle Arbeiten des ESC sind stark in der Praxis verankert und zielen

nicht nur auf ein besseres Verständnis der ermittelten Probleme ab, sondern auch auf die Bereitstellung konkreter Instrumente, die den Fachpersonen bei

deren Bewältigung helfen sollen. Das ESC versteht sich somit als Bindeglied zwischen wissenschaftlicher Forschung und Praxis.

- Champod, C., Girardin, D., Lebart, L. et al. (2009). *Le théâtre du crime*. Lausanne: Presses polytechniques et universitaires romandes.
- Leserinnen und Lesern, die mehr über den Fall Seewer erfahren möchten, empfehlen wir die Episode «Une veuve lausannoise tuée à coups de hache» im Podcast *Crimes suisses*, der von RTS produziert wird.
- Die Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit dem NIRLab und seiner Anwendung werden unter der Aufsicht von Pierre Esseiva durchgeführt.
- Weitere Informationen über das NIRLab finden Sie unter: <https://www.nirlab.com>
- Coppey, F., Bécue, A., Sacré, P.-Y., Ziemons, E. M., Hubert, P., and Esseiva, P. (2020). Providing illicit drugs results in five seconds using ultra-portable NIR technology: An opportunity for forensic laboratories to cope with the trend toward the decentralization of forensic capabilities. *Forensic Sci. Int.* 317, 110498.
- Beim *Drug Checking* wird eine von der drogenkonsumierenden Person bereitgestellte Substanz chemisch analysiert. Anschließend findet eine persönliche Beratung statt, in der die Ergebnisse vorgestellt und die Risiken des Konsums erläutert werden. Weitere Informationen dazu unter <https://www.infodrog.ch>
- Baeriswyl, S., Labhart, F., Esseiva, P. & Zobel, F. (2018). *Système de monitoring des substances illicites en Suisse: étude de faisabilité*. Rapport de recherche N°96. Lausanne: Addiction Suisse
- Die vorgestellten Projekte werden unter der Aufsicht von Pierre Esseiva durchgeführt.
- Vgl. Fussnote 6.
- Forschung durchgeführt von Geneviève Massonnet und Yu Chen Lim Hitchings.
- Schnegg M., Turchany M., Deviterne M., Gueissaz L., Hess S., Massonnet G. (2017). *A preliminary investigation of textile fibers in smothering scenarios and alternative legitimate activities*, *Forensic Science International*, Volume 279, Pages 165–176
- Glauser N., Lim-Hitchings Y.C., Schaufelbühl S., Hess S., Lunstrook K., Massonnet G. (2024). *Fibres in the nasal cavity: A pilot study of the recovery, background, and transfer in smothering scenarios*, *Forensic Science International*, 354 p. 111890
- Diese Arbeiten wurden in Zusammenarbeit mit Sabine Hess vom Forensischen Institut Zürich (FOR Zürich), dem Institut für Rechtsmedizin Zürich (Institute of Forensic Medicine) und Kyra Lunstrook vom Labor des Institut National de Criminalistique et de Criminologie (INCC) durchgeführt. Sie waren Gegenstand von drei universitären Masterarbeiten, die von Nick Glauser, Maude Yerly und Joanne Bonvin verfasst wurden.
- ATF 6B\_1011/2023, Urteil des Bundesgerichts, Erste strafrechtliche Abteilung, online verfügbar unter [https://www.bger.ch/ext/eurospider/live/fr/php/aza/http/index.php?highlight\\_docid=aza%3A%2F%2F10-04-2024-6B\\_1011-2023&lang=fr&type=show\\_document&refresh=1&zoom=YES&](https://www.bger.ch/ext/eurospider/live/fr/php/aza/http/index.php?highlight_docid=aza%3A%2F%2F10-04-2024-6B_1011-2023&lang=fr&type=show_document&refresh=1&zoom=YES&)

# «Gewalt bei Sportveranstaltungen» als Forschungsgegenstand

Die Forschungsstelle «Gewalt bei Sportveranstaltungen» der Universität Bern betreibt seit 2017 praxisorientierte wissenschaftliche Forschung zum namensgebenden Thema. Der vorliegende Beitrag soll mit einem Rückblick auf die bisherige Tätigkeit der Forschungsstelle die «Good Practice», aber auch Chancen und besondere Herausforderungen in diesem Bereich aufzeigen.

Die Forschungsstelle «Gewalt bei Sportveranstaltungen» der Universität Bern ist angesiedelt am Institut für Strafrecht und Kriminologie, verbindet Forschende unterschiedlicher Disziplinen, darunter Rechtswissenschaften, Psychologie und Soziologie, mit den relevanten Praxispartnern und führt Projekte zum Umgang mit Gewalt bei Sportveranstaltungen durch. Zu den

Praxispartnern und Geldgebern der Forschungsstelle gehören insbesondere die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektor\*innen (KKJPD), die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB), die Swiss Football League (SFL), das Bundesamt für Verkehr BAV sowie zu Beginn der Tätigkeit ebenfalls die Swiss Icehockey Federation (SIHF). Projektbezogen kam es dabei auch immer wieder zur vertieften Zusammenarbeit mit Polizeikorps, so etwa mit der Kantonspolizei Bern, der Stadtpolizei Zürich oder der Kantonspolizei Fribourg in Form der «Polizeilichen Koordinationsplattform Sport» (PKPS). Für diese Art der anwendungsorientierten Forschung bedarf es eines engen Austausches mit der Praxis auf verschiedenen Ebenen.

Die Gründung der Forschungsstelle geht auf die Dissertation von Alain Brechbühl zurück, die sich dem Thema «Eskalation versus Nicht-Eskalation von Fangewalt im Fussball» widmete. Im Rahmen eines dazu organisierten Symposiums im Sommer 2016 ist der Bedarf erkannt worden, die Tätigkeit der Polizei und anderer Akteure rund um Sportveranstaltungen (insbesondere Fussball) mit einer unabhängigen Forschungsstelle zu begleiten. Dazu sollten Evaluationen aktueller Massnahmen

durchgeführt und evidenzbasierte Empfehlungen für weitere Massnahmen erarbeitet werden. Ebenfalls im Fokus stand der Knowhow-Transfer.

## Bedeutende Projekte

In den folgenden Jahren konnte die Forschungsstelle verschiedene bedeutende Projekte durchführen. Dazu gehört beispielsweise die Evaluation des Hooligan Konkordats (2020), für welche unter anderem Daten analysiert worden sind, die vom Bundesamt für Polizei fedpol zur Verfügung gestellt wurden. Daneben wurden mittels Online-Umfragen und vertiefenden Interviews die Perspektiven der verschiedenen Anspruchsgruppen eingeholt. Die Forschungsstelle beteiligte sich ebenfalls an einem Bericht zu Chancen und Risiken von personalisierten Tickets («Projekt Biglietto+»; 2022), dies in Zusammenarbeit mit Vertretern\*innen der Polizei, der SFL sowie einer Projektleitung aus der Privatwirtschaft. Vor kurzem ist die Evaluation eines Pilotprojekts zur möglichen Einführung einer Fussballclub-spezifischen Dialogperson der Kantonspolizei Bern (2024) abgeschlossen worden. Dazu wurden teilnehmende Beobachtungen an Fussballspielen vorgenommen und vertiefende Gespräche mit Vertretern\*innen der Polizei, des Berner Sport Clubs Young Boys (BSC YB), der Fanarbeit sowie der aktiven Fanszene geführt.

## Wissenschaft «im Sandwich»

Im Rahmen dieser Projekte versucht die Forschungsstelle basierend auf bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie der Analyse von (idealerweise selbst erhobenen) Daten Antworten auf konkrete Fragen zu finden. Dabei steht jeweils ein Erkenntnisinteresse der Praxis im Vordergrund. Trotz dieser Praxisorientierung und der damit einhergehenden engen Zusammenarbeit mit den involvierten Akteur\*innen soll die Forschung autonom sein und Erkenntnisse in aller Transparenz darstellen. Eine Zensur würde die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft bzw. die

### Autoren

#### Tim Willmann

MLaw, Wissenschaftlicher, Assistent in der Abteilung von Jonas Weber, Institut für Strafrecht und Kriminologie, Universität Bern



#### Dr. phil. Alain Brechbuehl

Projektverantwortlicher Forschungsstelle Gewalt bei Sportveranstaltungen, Universität Bern



#### Prof. Dr. Jonas Weber

Professor für Strafrecht und Kriminologie, Universität Bern





Teilnehmende Beobachtung anlässlich des Spiels FC Basel – FC Zürich am 1. Mai 2022. Nach Spielende betraten die Fans des FC Zürich das Spielfeld aufgrund des feststehenden Meistertitels des FCZ.

Wissenschaftlichkeit an sich in Frage stellen. Forschung zeichnet sich durch eine Ergebnisoffenheit und ein transparentes Vorgehen aus. So können im Rahmen von praxisorientierter Forschung auch Erkenntnisse generiert werden, die nicht den Wünschen oder Vorstellungen der Auftraggeberschaft entsprechen. Als Beispiel kann die oben angesprochene Analyse der Chancen und Risiken personalisierter Tickets erwähnt werden. Nachdem seitens KKJPD Ende 2021 kommuniziert wurde, man plane die Einführung personalisierter Tickets für Fussballspiele der Super League, wies die Forschungsstelle im Rahmen des Projekts darauf hin, dass eine gesetzliche Grundlage für die Speicherung von personenbezogenen Daten fehle. Ähnlich verhielt es sich bei der Diskussion rund um das neu eingeführte «Kaskadenmodell», welches einheitliche Konsequenzen

(bspw. Sektorsperren) nach gewaltsamen Zwischenfällen bei Fussballspielen einführt. Die dazu vorliegende sozialwissenschaftliche Forschung deutet darauf hin, dass damit Gegenreaktionen der Fans ausgelöst werden können, die die sichere Durchführung von Spieldagen erschwert. Gleichzeitig stellen sich aus rechtlicher Sicht Fragen im Hinblick auf die Verhältnismässigkeit. Die entsprechend erfolgte kritische Würdigung des Kaskadenmodells führte zu Unverständnis bei einigen Partnern der Forschungsstelle.

### Sensible Daten

Doch nicht nur eine unterschiedliche Auffassung über die Rolle der Wissenschaft kann ein Hindernis darstellen. Gerade in der polizeibezogenen Forschung bestehen verschiedene weitere Herausforderungen, die es zu meistern gilt. Zum einen betrifft dies den Zugang

zu den Daten. Nicht selten handelt es sich im polizeilichen Kontext um vertrauliche Informationen bzw. besonders sensible Persönlichkeitsdaten, sodass der Umgang damit im Detail geklärt werden muss. Werden interne Dokumente zu einer spezifischen Forschungsfrage jedoch zurückgehalten, wird die Erforschung des konkreten Phänomens verfälscht oder schlimmstenfalls gar verunmöglicht. Neben derartigen Konflikten führten wir auch zahlreiche Datenerhebungen durch, in welchem wir als Forschende einen umfassenden Zugang erhielten. So konnten bereits zahlreiche teilnehmende Beobachtungen anlässlich von Ordnungsdienst-Einsätzen durchgeführt werden, bei welchem wir unter anderem auch an Befehlsausgaben und Einsatzbesprechungen teilnehmen konnten, was für das Gesamtverständnis unentbehrlich ist.

Erfahrungsgemäss besteht aber, je nach Polizeikorps, eine sehr unterschiedliche Offenheit gegenüber Forschungsprojekten und -resultaten sowie deren Implementation in die polizeiliche Praxis. Es gibt einige Erkenntnisse dazu, aus welchen Gründen von polizeilicher Seite her die Implementation von Forschungsergebnissen abgelehnt wird. Kalyal (2020) erwähnt im Rahmen ihrer eigenen Forschung mit kanadischen Polizisten\*innen mangelnde organisatorische Kommunikation und Ausbildung, kulturelle Faktoren innerhalb der Polizei sowie politische Einmischungen als mögliche Gründe. Zudem wird in wissenschaftlichen Publikationen von einer teils grundsätzlichen Skepsis gegenüber Nicht-Polizisten\*innen berichtet, wobei diese auch damit begründet wird, dass «Theoretiker\*innen» ohne Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag von Polizeibeamt\*innen die Lebenswelt nicht adäquat erfassen und somit analysieren könnten (Kempe & Taefi, 2022).

### Zusammenarbeit mit der Polizei

Letzteres muss auch von uns Forschenden als erstzunehmender Punkt aufgenommen werden. Hier kann mit einem engen und regelmässigen Austausch zwischen Forschenden und Polizisten\*innen ein wichtiger Beitrag geleistet werden. Mit der Kantonspolizei Bern pflegen wir mittlerweile einen vierteljährlichen konstruktiven Austausch, in welchem gemeinsame Projekte oder inhaltliche Fragen diskutiert werden. Diese Offenheit ermöglicht die gegenseitige Perspektivenübernahme und einen Austausch auf Augenhöhe. Ebenfalls positive Erfahrungen haben wir mit Forschungsansätzen gemacht, in welchem die Polizei zumindest partiell in den Forschungsprozess involviert wird. Da in unserem Forschungsfeld häufig mit teilnehmenden Beobachtungen gearbeitet wird, bietet sich hier die Integration von Polizeimitarbeitenden in die Datenerhebung besonders an. Nach einer gemeinsamen Beobachtung des

Polizeieinsatzes anlässlich eines Fussballspiels werden die gemachten Beobachtungen gemeinsam kritisch diskutiert und protokolliert. Optimalerweise mündet dies in einen Prozess, in welchem Anpassungen der polizeilichen Einsatztaktik aufgenommen, beim nächsten Spiel umgesetzt und erneut beobachtet und besprochen werden können. Die generierten Forschungserkenntnisse sowie deren Methoden bleiben so jederzeit nachvollziehbar und transparent. Die mit dieser Herangehensweise begleiteten Polizeieinsätze ergaben bisher immer äusserst konstruktive Diskussionen und die Ergebnisse konnten punktuell in die polizeiliche Praxis einfließen. Gleichzeitig profitieren wir als Forschende von der umfassenden Erfahrung der teilnehmenden Praxispersonen.

### Vorteile der Interdisziplinarität

Als Mehrwert betrachten wir dabei auch die Interdisziplinarität unseres Teams. So stellen sich in der Praxis oftmals Fragen, die unterschiedliche Fachgebiete betreffen. So waren etwa bei den Fragen zu personalisierten Tickets rechtliche Fragen von Relevanz, aber auch Dynamiken bei Grossveranstaltungen, die sich dominant auf einer sozialpsychologischen Ebene abspielen.

Diese Interdisziplinarität soll auch bei zukünftigen Forschungsprojekten unseres Teams eine zentrale Rolle darstellen. Wir wollen uns in den nächsten Jahren noch vertiefter mit den Auswirkungen gesetzlicher Regelungen und konkreter Polizeiarbeit auf Gewalt bei Fussballspielen und darüber hinaus bei anderen Grossveranstaltungen wie etwa Demonstrationen auseinandersetzen. Daneben werden wir uns weiteren Themen im Bereich der Polizeiarbeit und der Gewaltprävention annehmen und so über das bisherige Kernthema der Forschungsstelle hinauswachsen. Exemplarisch seien der polizeiliche Mitteleinsatz, das Auftreten und der Status der Polizei in einer sich

wandelnden Gesellschaft sowie der Umgang mit Hate Crime und Diskriminierung genannt.

### Fazit

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Polizeiforschung eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung der polizeilichen Praxis einnimmt. Obwohl sich die Polizei nicht immer gleich gerne erforschen lässt, ist die Implementierung von wissenschaftlichen Ergebnissen zentral, um die polizeiliche Arbeit stetig zu verbessern und mit den gesellschaftlichen Veränderungen Schritt zu halten. Die Entwicklung der Polizei als Organisation in unserer zunehmend heterogenen und diverseren Gesellschaft ist eine grosse Herausforderung. Gerne werden wir als Forschende auch in Zukunft einen Beitrag leisten, um mit dieser Herausforderung umzugehen und die Polizei fit zu halten.

### Literatur

Brechbühl, A. (2024). *Evaluation Kontaktperson Fan. Schlussbericht zur Evaluation des Pilotprojekts «Kontaktperson Fan» der Kantonspolizei Bern*. Unveröffentlichter Schlussbericht vom 17. Juni 2024, Universität Bern.

Brechbühl, A., Schwery, C., & Pfister, G.-R. (2020). *Evaluation Hooligan Konkordat – Eine Evaluation von Umsetzung und Wirkung des revidierten Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen*. Schlussbericht vom 15. September 2020 zuhanden der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektor\*innen, Universität Bern.

Kalyal, H. (2020). «One Person's Evidence Is Another Person's Nonsense»: Why Police Organizations Resist Evidence – Based Practices. *Policing: A Journal of Policy and Practice*, 14(4), 1151–1165.

Kempe S., & Taefi A. (2022). «Black Box Polizei?» – Wege der empirischen Forschung. In D. Hunold, & T. Singelstein (Hrsg.), *Rassismus in der Polizei. Eine wissenschaftliche Bestandaufnahme* (S. 529–559). Springer VS.

Projektgruppe Biglietto+ (2022). *Projektbericht «Biglietto+»*. Bericht zuhanden der Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und Polizeikommandanten KKPKS und der Swiss Football League SFL.

## What about Wissenschaft?

In der vorliegenden Ausgabe des SKP INFO ging es in erster Linie um die Frage, welchen Beitrag die Wissenschaft in der Polizeiarbeit leisten kann bei dem Vorhaben, die verschiedenen Kriminalitätsformen besser erkennen und bekämpfen zu können. Dabei wurde deutlich, dass Wissenschaft grundsätzlich vor dem Problem steht, einerseits «frei» sein zu wollen, ohne dass geplant oder überhaupt vorherzusehen ist, wie ihre Ergebnisse am Ende angewandt werden können (Grundlagenforschung), und andererseits als «angewandte Wissenschaft» in bestimmten Gebieten auf bestimmte Fragen gezielt Antworten liefern soll.

Wer die Forensik-Serie «Medical Detectives», mit welcher der TV-Sender VOX seit vielen Jahren fast jede Nacht zwischen ein und vier Uhr früh bis zu 30% Marktanteile erzielt, regelmässig als Einschlafhilfe nutzt, kommt nicht umhin, irgendwann zu wissen, dass zum Nachweis von weggewischten Blutflecken wahlweise Luminol oder Leukomalachitgrün zum Einsatz kommt und dass empfindliche und schwer zugängliche Fingerabdrücke dadurch gesichert werden können, dass man verdampften Superkleber auf sie herabrieseln lässt. Hier standen für die angewandte Wissenschaft am Anfang die konkreten Fragen: «Wie kann man eigentlich weggewischte Blutflecken wieder sichtbar machen?» und «Wie kann man schwer zugängliche Fingerabdrücke am besten sichern, ohne sie zu beschädigen?» Als hingegen herausgefunden wurde, dass bei der Kernspaltung enorme Energie freigesetzt wird, stand nicht die Frage am Anfang, wie man wohl Hiroshima und Nagasaki am gründlichsten zerstören und von da an immer wieder mit einem vergleichbaren oder noch viel schlimmeren Szenario drohen könne.

Allzu konkrete Fragen an die Wissenschaft, welche ihre Antworten bereits vorwegzunehmen scheinen, behindern die Wissenschaft bei der Wahrheitsfindung ebenso wie Weltbilder, mit denen die Ergebnisse der Wissenschaft *a priori* nicht im Widerspruch stehen dürfen. Die aus rassistischen Motiven begonnenen Versuche, wissenschaftliche Nachweise zu führen, dass bestimmte menschliche Körper- und Schädelformen bestimmten Charakterformen und moralischen Qualitäten eindeutig zugeordnet werden könnten, sind

allerdings ebenso gescheitert wie der Versuch zu verhindern, dass allgemein bekannt wird, dass die Erde keine Scheibe ist.

Da die Wissenschaft zuweilen Erkenntnisse liefert, die so beunruhigend sind, dass man sie einfach nicht wahrhaben will – dazu gehören beispielsweise die Statistiken und Prognosen zur Klimakrise mit den ständigen Temperaturrekorden seit Beginn der Aufzeichnungen und den alljährlich eintretenden Jahrhunderthochwassern –, ist in den letzten Jahren die Gruppe derjenigen erkennbar gewachsen, die sich selbst für *skeptisch* halten und glauben, es gäbe gleichberechtigte *alternative* Wissenschaften, so wie es verschiedene Meinungen gibt. Doch das ist ein Irrtum. Es gibt nur *eine* Wissenschaft, nur *einen* internationalen Status Quo der Forschung. Das heisst nicht, dass die Wissenschaft immer recht hat, das hat sie keineswegs. Doch ob sie recht hat oder nicht, entscheidet sich immer *innerhalb* der Wissenschaft, nirgendwo sonst. Wer eine Einzel- oder Mindermeinung vertritt, kann nicht einfach, Dokortitel hin oder her, der Wissenschaft den Rücken kehren und auf dem Marktplatz eine flammende Rede vor Leuten halten, die nichts mit der Wissenschaft zu tun haben, um sich dort die gewünschte Anerkennung zu verschaffen. Über den Wahrheitsgehalt wissenschaftlicher Erkenntnisse entscheiden niemals Mehrheiten fahnenschwingender Demonstranten.

Und wenn die Wissenschaft angesichts neuer Probleme, wie z.B. der demnächst zu erwartenden Vogelgrippe, nicht auf Anhieb alle Fragen richtig beantworten kann, weil sie gerade mit *Forschung* beschäftigt ist, dann ist es sicher nicht hilfreich, ihr das zum Vorwurf zu machen und sich empört von ihr ab- und Populisten und Scharlatanen zuzuwenden. Die Wahrheit heisst in einem solchen Fall, dass wir die Wahrheit noch nicht kennen, aber mit allen Kräften der Wissenschaft – die übrigens auch bei der Vogelgrippe keineswegs bei «Null» beginnen wird – versuchen, sie zu finden. Und den Populisten und Scharlatanen und selbsternannten «Querdenkern» und sonstigen Entertainern sei mit Bertolt Brecht gesagt: «Wer die Wahrheit nicht weiss, der ist bloss ein Dummkopf. Aber wer sie weiss und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher!» Auch das gehört zum Thema «Wissenschaft und Kriminalität».

Volker Wienecke  
Kontakt: [vw@skppsc.ch](mailto:vw@skppsc.ch)



A3779 © PERSCHEID / Distr. Bulls



WISSEN KANN LEBEN RETTEN

**SKPPSC**

Schweizerische Kriminalprävention  
Haus der Kantone  
Speichergasse 6  
Postfach  
CH-3001 Bern

[www.skppsc.ch](http://www.skppsc.ch)

